

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

... Ko 16.—  
vierteljährlich ... 48.—  
halbjährlich ... 96.—  
jährlich ... 192.—

Zustellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Reformmarken.

Erhebt mit Ausnahme  
des Montag täglich 10 Pf.

9. Jahrgang.

Freitag, 31. Mai 1929.

Nr. 127.

## Die ersten elf Resultate.

Die Konservativen verlieren von zehn Mandaten drei.

London, 30. Mai. Die Wahlen sind nach den bisher vorliegenden Meldungen im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung wurde in London meist erst in den Nachmittagsstunden eine größere. Die einzelnen Parteien hatten Wahlautos in den Dienst gestellt, um sämtliche Wähler an die Urne zu bringen.

Die Parteiführer verbringen den Wahltag außerhalb Londons. Ministerpräsident Baldwin wird erst abends in London eintreffen, um die Wahlergebnisse abzuwarten.

Spät abends sind erst die Resultate aus elf Wahlbezirken bekannt: Die Konservativen erhielten hier sieben Sitze, die Arbeiterpartei drei und die Liberalen einen. Gegenüber dem bisherigen Stand bedeutet dies für die Konservativen einen Verlust von drei Sitzen, von denen die Arbeiterpartei zwei und die Liberalen einen gewinnen.

## Arbeitskonferenz in Genf.

Der frühere Reichsarbeitsminister Brauns präsidiert.

Genf, 30. Mai. Die XII. Internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittags eröffnet. Die Konferenz wählte den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns durch Zuzug unter wiederholtem lebhaftem Beifall zu ihrem Präsidenten. Die Tagung, die zum ersten Male von einem Deutschen geleitet wird, weist den bisher stärksten Besuch auf. Von den 55 Mitgliederstaaten nehmen 50 Länder mit über 90 Regierungsvertretern, rund 40 Arbeitgeber und etwa ebensoviel Arbeitnehmervertretern teil. Einschließlich der über 30 Sachverständigen sind zu dieser Tagung gegen 100 Vertreter der Sozialpolitik und der von der Konferenz zu behandelnden Spezialgebiete aus allen Ländern in Genf anwesend.

In seiner Eröffnungsrede über die kommenden Aufgaben der Sozialpolitik behandelte Präsident Dr. Brauns besonders das kollektive Arbeitsrecht, die Aufgabe einer gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Festlegung der Arbeitsbedingungen und die erfolgreiche Rolle der Gewerkschaften, deren Anerkennung durch Verfassung und Arbeitsrecht der bedeutsamste Wandel in der Sozialpolitik vieler Staaten sei. Die mehr als 100 Millionen Arbeitnehmer, die nach acht Stunden Tagesarbeit aus dem fremden Betriebe frei sein sollen, bedürfen einer Gelegenheit zu mäßiger und zugleich befriedigender erholender Tätigkeit. Die beste Gelegenheit dazu bietet das eigene Heim. Die Befreiung der Wohnungsnote ist die unentbehrliche Voraussetzung für die große Umschichtung der europäischen Völker nach Beruf und Wohnweise. In dem Wohnungsgeld vieler großer Städte liegt die schwerste Verklammerung der Vorkriegszeit.

## Ein Sprachentwist.

Genf, 30. Mai. Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute durch die Wahl der drei Vizepräsidenten und des Tagesordnungsausschusses, in dem Deutschland in allen drei Gruppen vertreten ist, ihr Vorstandsbüro gegründet. Zu Beginn der Sitzung wurde von dem italienischen Regierungsvertreter Professor Ferrasi im Namen der italienischen Delegation eine Erklärung abgegeben, daß die italienische Delegation die Wahl des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zum Präsidenten der Konferenz unterstützt habe, da er auf dem Gebiete der Sozialpolitik immer eine rege Tätigkeit entfaltet habe und überdies ein großes Land vertrate, dessen Mitarbeit in der internationalen Arbeitsorganisation sehr wertvoll sei. Die italienische Delegation hält es jedoch für notwendig, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Bedeutung zu lenken, die dem Umstande zukommen könne, daß heute vom Präsidenten der Arbeitskonferenz eine

nicht offizielle Sprache (deutsch) gebraucht wurde. Die italienische Delegation behalte sich daher das Recht vor, die Frage aufzuwerfen, ob nach der Geschäftsordnung von der Konferenz mit amtlichen Funktionen betraute Mitglieder bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten eine nicht offizielle Sprache gebrauchen können. Der Direktor des Arbeitsamtes Albert Thomas erwiderte, daß diese Frage in Übereinstimmung mit der italienischen Delegation dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werde, der bereits in den nächsten Tagen eingeleitet werden soll. Eine weitere Aussprache über die italienische Erklärung fand nicht statt.

## Gegenwartswert der deutschen Zahlungen 36,9 Milliarden Mark.

Paris, 30. Mai. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten trafen heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, wobei sie die deutschen Vorbehalte prüften. In französischen Kreisen nimmt man an, daß diese Prüfung am Freitag beendet werden könnte.

Der „Temps“ sieht in der gestern zustande gekommenen Einigung über die beiderseitige Annahme der Young-Zahlen einen großen Fortschritt in der Arbeit des Ausschusses. Das Blatt hebt besonders hervor, daß, wenn die Regierung sich für das Inkrafttreten des Young-Planes einen anderen Zeitpunkt als den 1. September 1929 festsetzen würde, den von Deutschland auf Grund der normalen Darlehens-Zinsraten geleisteten Zahlungen Rechnung getragen würde.

Der „Intransigent“ scheint wenig geneigt, die deutschen Vorbehalte, auf die es nach der deutschen Zustimmung zu wirtschaftlich unmöglichen Leistungen jetzt vor allem ankommt, genügend ernst zu nehmen. Das Blatt ist überzeugt, daß Dr. Schaft die Möglichkeit finden werde, die Bedingungen der Alliierten anzunehmen, ohne daß seine Eigensiebe einen zu großen Schaden erleidet.

Die „Information“ arbeitet den Gedanken besonders gut heraus, daß Deutschland nun fest an dem Tragen der interalliierten Schulden in Amerika gefestigt ist. Das Blatt hofft daraus, daß die Vereinigten Staaten in einigen Jahren bei weiterer Amortisierung ihrer inneren Schuld Ermäßigungen auf ihre Schuldenansprüche zustimmen würden, und in diesem Fall würde auch die deutsche Schuld verringert werden.

Berlin, 30. Mai. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Paris: Der Gegenwartswert des gestern auf der Reparationskonferenz zustande gekommenen Kompromisses über die Dauer und Höhe der deutschen Zahlungsverpflichtungen errechnet sich wie folgt:

1200 Millionen Mark für die vom 1. April bis 31. August laufenden letzten Monatsraten des Dawesplanes,  
32.885 Millionen Mark für die 37 Annuitäten des Youngplanes,  
2800 Millionen für die letzten 22 zur Deckung der interalliierten Schulden vorgesehenen Annuitäten,  
zusammen also 36.885 Millionen Mark ge-

gen 30 Milliarden, die die Alliierten in ihrem Memorandum gefordert hatten, und gegen 42 Milliarden des Dawesplanes. Von diesen 36 Milliarden sind von Deutschland lediglich 33 aus eigenen Mitteln aufzubringen. Für die letzten 22 Annuitäten in der Höhe von durchschnittlich 1700 Millionen, deren Gegenwartswert jedoch infolge der Länge ihrer Laufzeit auf unter drei Milliarden zusammenschrumpft, würde Deutschland nur eine Art von Ausfallbürgschaft zu übernehmen haben.

## Nur „ein Schritt zur Lösung“?

Paris, 30. Mai. Heute vormittags haben keine Besprechungen zwischen den Gläubigerdelegationen und der deutschen Delegation stattgefunden. In alliierten Kreisen in Paris beurteilt man die Zahlenlösung mit Zurückhaltung. Man erklärt, es handle sich um einen Schritt voran zur Lösung, aber es blieben noch einige Fragen großer Bedeutung offen.

Auch deutscherseits verheißt man sich nicht, daß die noch kommenden Verhandlungen von größter Bedeutung sind, da für die Erfüllung der eingegangenen Zahlungsverpflichtungen die Annahme der Vorbehalte der deutschen Delegation von Anfang an für unerlässlich erklärt wurde. Es kann festgestellt werden, daß der amerikanischen Delegation besonders durch ihre Tätigkeit in den letzten Tagen entscheidender Einfluß auf dem Zustandekommen der Verständigung über die Zahlen zugefallen ist, in erster Linie den Vorsitzenden der Konferenz, Owen Young und Morgan.

## Befriedigung in Berlin.

Berlin, 30. Mai. Die Presse kommentiert die Ergebnisse der Pariser Reparationsverhandlungen meist nur durch feste Titel. Die Blätter des Zentrums und der Linken deuten stillschweigend ihre Befriedigung über das erzielte Ergebnis aus und warten noch die weiteren Verhandlungen über die deutschen Vorbehalte ab. Die oppositionelle, namentlich die nationalsozialistische Presse sieht das Pariser Abkommen als unmöglich und für Deutschland als unannehmbar an.

## Aussprache über den Fraktionsbericht.

Die Richtung der Parteipolitik bleibt unverändert.

Magdeburg, 30. Mai. (Eigenbericht.) Der Parteitag beriet heute den Fraktionsbericht. Stampfers Ausführungen bildeten gerade durch ihre Kameradschaftlichkeit und Bejahung der Koalitionspolitik eine sehr scharfe sachliche Kritik an manchen Handlungen der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. Aufhäuser und Toni Sender begründeten die von ihnen eingebrachte Resolution, durch die bestimmte Richtlinien und Forderungen namentlich sozialpolitischer Art als Bedingung für die Fortsetzung des Koalitionsverhältnisses festgelegt werden sollen. Löwenstein vollst das Problem des preussischen Konfords auf. Er verwirft aus grundsätzlichen und politischen Gründen überhaupt den Abschluß eines Konfords. Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, lehnt eine Zielzunahme zu den künftigen Forderungen tendenziell seiner Vorredner ab. Die Gegner des Konfords kennen dessen Inhalt gar nicht. Während der noch nicht abgeschlossenen zwischenstaatlichen Verhandlungen könnte er dessen Inhalt auch nicht mitteilen. Seine bestimmte Versicherung, daß Schulfragen überhaupt nicht berührt worden seien, wird mit starkem Beifall aufgenommen.

Paul Loebe teilt die Bedenken mancher seiner Vorredner. In Fragen der Sozialpolitik geht er mit Aufhäuser. Aber bei aller Kritik an den Vorgängen, die er aus dem nicht immer geläuterten Uebergang von der Opposition zur Verantwortung erklärt, rechnet er mit der Demagogie der Nationalsozialisten und Kommunisten sowie der Deutschnationalen ab. Er schließt mit der dringenden Forderung nach endlichem Abschluß des polnischen Handelsvertrages, um den deutschen Tischen aus den immer größer werdenden Skandalen zu befreien.

Reichsfinanzminister Hilsberding, der zum Unterschied von anderen Ministern nicht mit lebhaftem Applaus begrüßt wurde, versteht es, am Ende seiner Rede starken Beifall auszulösen. Er weist nach, daß er die schwere Finanzlage des

Reiches nicht zu spät dargelegt, sondern bereits im März 1928 unzweideutig vorausgesagt habe. Trotz der schwersten Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sei es gelungen, das Lohnniveau der Arbeitervölker nicht nur zu halten, sondern vielfach zu verbessern. Wann sei so etwas in der Vergangenheit bei ähnlichen Krisen möglich gewesen? Das Eingreifen der Regierung in den Ruhrkonflikt, die Unterstützung der widerrechtlich ausgesperrten Metallarbeiter und das Endergebnis, die Unterwerfung der Zäherindustrie unter den Schiedsspruch Zewerings, bezeichnet er als starken Erfolg, der leider in der eigenen Partei nicht nur nicht genügend gewürdigt, sondern sogar unverständlicher Weise kritisiert worden sei. Das Zähergewicht seiner Ausführungen legt Hilsberding auf die Außenpolitik, die durch die gestrige historische Entscheidung in Paris wieder in Fluß gekommen wäre. Gerade die Sozialdemokratie sollte sich nicht durch vorübergehende Rückschläge in den schweren aller Jahre beeinflussen lassen, sondern müsse weit mehr die großen Gesichtspunkte der kommenden Zeit im Auge behalten und an das dauernde Interesse des deutschen wie des europäischen Proletariats denken. Es wäre falsch, jetzt die Regierung zu verlassen, nachdem das Schlimmste überwunden sei und die Pariser Einigung neue Perspektiven eröffne.

Nach der Erledigung der Anträge zum Fraktionsbericht, wobei sich irgendeine Änderung in der Richtung der Partei nicht ergab, folgte das ausführliche Referat Crispiums über den Nordamerikahörsprech. Er rief den Arbeitern Nordamerikas mahnd zu, daß sie für sich allein nicht mit dem sie überwaltigenden Kapitalismus fertig werden können und mit Werk der Internationalen auch zur Unterstützung der Arbeiterbewegung in den Distrikten arbeiten müßten.

Nach einem Referat der Frau Juchacz über die Frau in Politik und Wirtschaft vertagte sich der Kongress auf morgen vormittags.

## Sozialdemokratische Wehrpolitik.

Zur Entscheidung des Magdeburger Parteitages.

Von Wilhelm Riegener.

Nach zweitägigen lebhaften Auseinandersetzungen wurde auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Mehrheit eine Entscheidung gefällt, die nicht nur für die Sozialdemokratie Deutschlands, sondern auch weit darüber hinaus besondere Bedeutung hat. Zwei Fragen waren es, die im Mittelpunkt der Verhandlungen des Parteitages standen und die, wie zu erwarten war, heftige Redekämpfe hervorgerufen haben. Koalitionspolitik und Wehrproblem. Beide Fragen haben schon seit längerer Zeit vor dem Parteitag innerhalb der Partei zu mißunter leidenschaftlichen Auseinandersetzungen Anlaß gegeben und die in Parteiveranstaltungen und in der Presse geführte Diskussion hatte die weit auseinandergehenden Meinungen keineswegs zu einigen und zu klären vermocht. Daran nahnten die Gegner der Partei von rechts und links die Hoffnung auf eine Spaltung der Partei oder doch zumindest auf den Ausbruch eines wüsten Streites auf dem Parteitag, der die Verschiedenheit der politischen und tatsächlichen Auffassungen zu schmerzlichen Gegenlagen steigern werde. Nach dem Ablauf der Beratungen über beide zweifellos heißen und schwierigen Fragen sind die Feinde der Sozialdemokratie wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Der Freiheit der Meinungsäußerung wurden keinerlei Schranken gesetzt und es war der Parteivorsitzende Genosse Otto Bels selber, der schon in seiner den Parteitag einleitenden Rede unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Auseinandersetzungen als Wettbewerb in dem Suchen nach dem besten Wege in der Politik, nicht als persönliche Belämpfung und Beschuldigung, sondern in Liebe und Treue zur Partei werden geführt werden, zur unverhüllten Meinungsäußerung herausforderte, wobei er die Selbstkritik als notwendige Vorbedingung der lebendigen Entwicklung der Partei bezeichnete. Hierbei prägte er ein prächtiges Wort, das dauernd festgehalten zu werden verdient: „Der Streit ist der Vater aller Dinge.“ Rein, niemand brauchte aus seinem Herzen eine Wärdprobe zu machen, rückhaltlos vertrat er sowohl die Redner der Opposition wie auch die der hinter dem Parteivorstand stehenden Mehrheit ihre Auffassungen, hart und scharf, wie eben Kämpfer für eine neue Welt, aber durchwegs, das kann von Mehrheit und Minderheit gesagt werden, im vollen Bewußtsein der Verantwortung für die gemeinsame Sache und, was das erhellendste war, in kameradschaftlichem Geiste. Waren vordem in einzelnen Parteiblättern überlieferte, gehässige Worte gefallen, die Wände des Parteitages wurde selbst während der erregtesten Auseinandersetzungen nicht verletzt. Rechts oder links, der leidenschaftliche Wille, dem Sozialismus zu dienen, beherrschte durchwegs die von hoher geistiger Kraft und politischer Energie erfüllte Diskussion.

Wie vorher war die Partei vor die Entscheidung über ein so konkretes und schwieriges Problem gestellt, das übrigens auch für einen großen Teil der Sozialistischen Internationale besteht, wie es das dem Magdeburger Parteitag zur Entscheidung vorgelegte Wehrprogramm ist. In einem gewissen Zusammenhang damit steht auch die Frage der Koalitionspolitik. Die Sozialdemokratie durchlebt gegenwärtig außerordentlich schwierige Uebergangszeiten auf dem Wege der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen. Sie ist in einer Reihe von Ländern zu groß und zu mächtig geworden, um sich den Luxus erlauben zu können, auf die Ausnützung ihres unmittelbaren Einflusses zum Wohle der Arbeiterklasse verzichten zu können und grundsätzlich an keiner Regierung teilzunehmen. Andererseits ist die po-

litische Machtverteilung noch nicht eine solche, daß sie allein regieren, das politische und soziale Schicksal der Arbeiterschaft und des Staates entscheidend beeinflussen könnte. Sie muß sich mit kleineren und größeren Einzelerfolgen begnügen, dafür aber manche schmerzliche Verpflichtungen übernehmen. Freilich sind die dadurch herbeigeführten Nachteile nur solche ideeller Natur, denn würde die Partei unter allen Umständen auf eine Regierungsteilnahme verzichten, so würde beispielsweise das Budget mit allen seinen für einen Sozialisten schwer erträglichen Teilen, wie es beispielsweise das Militärbudget ist, dennoch beschloffen werden und womöglich in noch verächtlicher Form, aber jedenfalls ergeben sich über die Frage der Bewertung des Mitregierens in der Partei selbst sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Bei allen sich aus den gegebenen Notwendigkeiten erwachsenden Schwierigkeiten muß die Partei die Rücksicht auf die Gefühle und Empfindungen der Massen im Auge behalten und sie darf nie jene Grenzen überschreiten, jenseits der ihr Verhalten von den Massen nicht mehr verstanden wird. Es war daher begreiflich, daß der Parteivorstand nach der tiefgehenden Erregung, die das Verhalten der sozialdemokratischen Minister in der Panzerkreuzerfrage innerhalb der Parteimitgliedschaft hervorrief, vorzeitig an die Einberufung dieses Parteitages schritt und ihm die Aufgabe stellte, das Wehrproblem einmal grundsätzlich vom Standpunkte der Partei überprüfen und festlegen zu lassen.

Da die abgeführten Debatten, die in einem wesentlichen Punkte zu einer Aenderung des Programmes der deutschen Sozialdemokratie geführt haben, für alle sozialistischen Parteien von der größten Bedeutung sind, werden an anderer Stelle die wichtigsten der Neben, sowohl jener der Pro- wie der Kontraredner, abgedruckt, damit unsere Genossen in die Lage versetzt werden, an dem großen geistigen Ringen unserer deutschen Bruderpartei Anteil zu nehmen und sich selber ein Urteil zu bilden. Es wird wohl jeder den Eindruck empfangen, daß die Entscheidung keine leichte war und für keine Seite die Dinge einfach lagen. Sicher wird jeder, der sich nicht von überholten Schlagworten lenken läßt, in vielem zwingende Argumente für den Standpunkt des Parteivorstandes finden, er wird aber zweifellos auch manchen Gegenargumenten der Opposition Billigung zusprechen. Welchen Anteil die Parteimitglieder an den schon vor dem Parteitag begonnenen Diskussionen über beide Probleme nahmen, geht daraus hervor, daß dem Parteitag nicht weniger als 44 Änderungs- und Gegenanträge vorlagen, darunter fünf vollständige Gegenentwürfe zu dem vom Parteivorstand ausgearbeiteten Wehrprogramm. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters, über alle Änderungs- und Koalitionsfrage zur Tagesordnung überzugehen, mit einer Mehrheit von 253 gegen 138 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Vertagung der Entscheidung und Verweisung der Anträge an die Kommission wurde mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt, worauf der Entwurf der Programmkommission mit 244 gegen 147 Stim-

men angenommen wurde. Damit hat sich der Parteitag, als die höchste Instanz der Partei, in demokratischer Weise mit einer Mehrheit von hundert Stimmen sowohl für die Weiterbereitsung der Partei an der gegenwärtigen Regierung, als auch für das Wehrprogramm ausgesprochen, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß sich bei Abrechnung der Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission das Stimmenverhältnis zugunsten der Opposition infolge ändert, als sich dann nur eine Mehrheit von 45 Stimmen ergibt. Aber auch unter voller Berücksichtigung des zutage getretenen Stärkeverhältnisses der beiden Gruppen, wird der Parteivorstand nicht übersehen können, daß mehr als ein Drittel der Partei eine Aenderung der bisherigen Politik fordert und er wird sicher dieser nicht leicht wiegenden Tatsache in gewissem Sinne Rechnung tragen. Erfreulich ist, daß die Programmkommission an dem ursprünglichen Entwurf, gemäß verschiedenen Bedenken, die der Genosse Dr. Otto Bauer in einem von ihm über das Wehrprogramm abgegebenen Gutachten erhob, verschiedene Abänderungen beschloß. Bemerkenswert ist, daß Otto Bauer in seinem Diskussionsbeitrag sich durchaus nicht auf den schroff ablehnenden Standpunkt der „Linken“ stellte und darin sagte, wie weit die Sozialdemokratie in einem bestimmten Lande zu einer bestimmten Zeit die Abrüstung fördern könne, davon abhängig zu machen sei, ob und inwieweit die militärische Schwächung dieses Landes eine der Arbeiterklasse dieses Landes und der internationalen Arbeiterklasse überhaupt unerwünschte Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse zur Folge hätte. So sei die österreichische Sozialdemokratie verfahren, das Deutsche Reich sei natürlich in einer ganz anderen Lage, aber einem völlig entwaffneten Deutschland würden dennoch in einem vollgerüsteten Europa Gefahren drohen und die deutsche Arbeiterklasse könne nicht wünschen, daß fremde Armeen — Bauer hält einen Krieg Polens gegen die Sowjetunion mit Unterstützung Englands und Frankreichs für immerhin möglich — über deutschen Boden ihre Stappenlinien legen. Andererseits könne das internationale Proletariat nicht wünschen, daß ein konterrevolutionärer Krieg gegen die Sowjetunion erleichtert werde und die deutsche Sozialdemokratie müßte im Falle eines solchen Krieges alles daran setzen, die Neutralität Deutschlands zu sichern, die Benutzung Deutschlands als Stappen- oder gar als Aufmarschraum der gegen die Sowjetunion marschierenden Heere zu verhindern. Seine Neutralität könne aber ein Land nur wahren, wenn es durch Besetzung seiner Grenzen zu verhindern vermag, daß sein Boden von der einen oder anderen der Kriegsparteien mißbraucht werde. Bauer sagt seine Darlegungen dahin zusammen, daß er sagt, es sei angesichts einer solchen Möglichkeit gar nicht so sehr international und „revolutionär“, die einfache Beseitigung jeder deutschen Wehrmacht zu fordern, wie „es unsere linken Freunde im Reiche aus einer ausschließlich innerpolitisch orientierten Denkweise heraus annehmen.“

Der Parteitag hat entschieden und es ist

anzunehmen, daß die Opposition den Willen der Mehrheit in sozialistischer demokratischer Disziplin respektieren wird. Das bedeutet freilich nicht, daß auf jeden Versuch, ihre Auffassungen zu verwirklichen in der Politik der Partei zu verzichten muß. So wenig erfreulich die überhohen Resultate der Regierungsteilnahme unserer deutschen Genossen bisher ist, muß doch darauf verwiesen werden, daß es ihnen selbst unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen gelungen ist, manche Erfolge zu erringen und daß eine augenblickliche Abkehr von der bisherigen Politik nur schwere Nachteile für die Arbeiterklasse im Ge-

folge hätte. Schließlich aber schließt das demokratische Wesen unserer Partei die Möglichkeit in sich, jederzeit Nachprüfung darüber zu halten, ob und inwieweit die Vorteile dieser Politik deren Nachteile und Opfer überwiegen und umgekehrt.

In diesem demokratischen Aufbau der Partei liegt die Bürgschaft, daß sie selbst bei vorübergehenden Abirrungen immer wieder auf den Weg zurückkehren muß, den ihr der proletarische Wille und der sozialistische Geist der Masse weist.

## Tagung unserer Gemeindevertreter.

Für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. — Verwaltungsreform und Finanzgesetz. — Ueberaltertenversicherung. — Arbeiterfürsorge.

Reichenberg, 30. Mai. (Eigenbericht.) Im festlich geschmückten Saale des Reichenberger Hofes trat heute die Konferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter zusammen. Die zahlreich besuchte Tagung wurde durch Orgelspiel weisevoll eröffnet, worauf Genosse Böhlz-Auffig namens des Parteivorstandes und des Gemeindeberatungsausschusses die Erschienenen begrüßte, insbesondere den Vertreter des Parteivorstandes, Genossen Kremser, und die Vertreter der parlamentarischen Klubs, die Genossen Löw, Schweichhart und Heeger. Er gedankt dann derjenigen sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die seit der letzten Konferenz gestorben sind. Darunter der Genosse Eger-Warndorf und Heeger-Auffig. Genosse Böhlz legt dann die Notwendigkeit der Konferenz dar. Durch die neuen Verwaltungsgesetze ist die Demokratie in den Gemeinden beseitigt, die Gemeinden sind der Staatsbürokratie ausgeliefert und zu deren Willkür degradiert worden. Wenn es uns nicht gelingt, die Robellierung der beiden Gesetze durchzuziehen, dann ist eine tatkräftige fürsorgerische sozialdemokratische Gemeindepolitik nicht möglich.

Sodann wird das Präsidium gewählt, das aus den Genossen Böhlz-Auffig, H. H. Lepitz und Dr. Bohla-Reichenberg als Vorsitzende, den Genossen Sacher-Karlshad, T. H. Troppan und Pils-Gablonz als Schriftführer besteht.

Vor Eingang in die Tagesordnung bespricht der Vorsitzende die Frage des Mieterschutzes und die großen Gefahren, die der Bevölkerung durch die Absicht der Regierungsparteien drohen, den Mieterschutz zu beseitigen. Die Organisationen der Mieter haben auch erkannt, daß sie ihre wirklichen Freunde nur in der sozialdemokratischen Partei finden können und haben in ihr Wohnungsprogramm eine Reihe unserer Forderungen aufgenommen. Wir anerkennen also die Forderungen der Mieterschutzorganisationen als Gegenwartsprogramm an und versichern die Mietervereine unserer kräftigsten Unterstützung. Genosse Böhlz beantragt dann eine Entschließung zum Problem der Wohnungsfrage und des Mieterschutzes, die wir noch veröffentlichen. Die Resolution wird einstimmig genehmigt.

Die Konferenz wird hierauf namens der Reichenberger Genossen vom Genossen Dr. Bohla begrüßt.

Sodann ergreift Genosse Landesauschuhbeisitzer Grund das Wort zu seinem Referat über

die Auswirkungen des Gesetzes über die Verwaltungsreform und die Regelung der Gemeindeverwaltungen.

Er führt unter anderem aus: Wir haben auf die katastrophalen Schäden der Verwaltungsreform schon seinerzeit hingewiesen. Wir haben aber aus der jetzigen Praxis noch etwas gelernt. Die Bezirke und Länder haben keinen eigenen Beamtenapparat, die Beamten unterstehen dem Bezirkshauptmann und Landespräsidenten, also der staatlichen Bürokratie. Diese aber hat kein Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Beamten erhalten Geheimnisse, von denen die gewählten Vertreter der Bevölkerung nichts wissen. Das wichtigste Recht jeder Körperschaft, ihre Ausgaben und Einnahmen selbst zu bestimmen, ist der Selbstverwaltung genommen worden. Durch die Vereinigung der staatlichen und autonomen Verwaltung ist

die Verwaltung nicht unter die Kontrolle der Bevölkerung, sondern unter die Kuratel der Bürokratie geraten.

Soziale Fürsorge, Wirtschaft, Schulwesen sind arg getroffen. Das Gesetz zwingt die Gemeinden, Ausgaben zu erheben, die die arbeitende Bevölkerung schwer belasten. Während früher die Haupteinnahmen der Gemeinden aus Umlagen bestanden, bestehen sie jetzt aus Abgaben. Dadurch ist eine Verschiebung in der Belastung der Bevölkerung eingetreten. Die Kosten der Gemeindeverwaltung zahlt also in steigendem Maße die arbeitende Klasse. Zugunsten der Großagrarien hat man die Getreidezölle eingeführt, zugunsten der Großunternehmer hat man die Gemeindeabgaben erhöht. Ungehört ist es, daß die Ausschüsse der Gemeinden das Budget der Gemeinden nach Belieben korrigieren können. Eine der Voraussetzungen für eine Regelung der Gemeindeverwaltungen ist die Schaffung von großen Gemeinden oder Zweckverbänden von Gemeinden, welche die Bezirksverwaltung entlasten oder sogar überflüssig machen könnten. Die Regierungsparteien sind schuld daran, daß die deutschen Bezirksbehörden verschwinden und die Gemeindebehörden vollkommen unterhöhlt worden sind. Nur im politischen Kampf können wir eine Reform der Verwaltung durchzuführen, die den Interessen der arbeitenden Klassen entspricht. In der

### Debatte

spricht zunächst Genosse Dr. Strauß, der an der Hand der Finanzen der Selbstverwaltungskörper und an der Sprachenfrage die Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit unserer Funk-

Copyright by Weltbühnen-Verlag, Berlin, durch Transatlantik-Abbe, Wien.

## Aufbruch im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 41

„Den Juristen?“  
 „Ja, den Juristen. Er soll mir nämlich eines beantworten. Ob das, was Brooker jetzt in seinen ausländischen Einflußgebieten tut, sich mit den Interessen des amerikanischen Volkes deckt oder nicht.“  
 Der andere lehnte sich zurück. „Nehmen Sie sich in acht. Sie spielen ein gefährliches Spiel.“  
 „Ich weiß. Aber wenn einer es nicht spielt, sind wir alle vielleicht binnen kurzem verloren.“

Professor Prescott hatte seine Arbeit beendet. Die Mühe war nicht sehr groß gewesen. Der Vorsitzende und der Direktor sahen ihn fragend an. Prescott zückte die Achseln:

„Ich weiß eigentlich nicht, meine Herren, wieso Sie für die Durchsicht dieser Verträge einen Fachmann gebraucht haben. Darüber haben Sie doch ganz sicher auch selbst ein Urteil abgeben können. Was Sie nicht verstanden, hier scheint kaum irgendwas mit Annahmen gearbeitet worden zu sein. Das Ganze ist aus dem Bestreben heraus entstanden, dem Reisegebäude des Brooker-Truists eine Grundlage zu geben, die sicherer ist als die bisherige, weil sie stärker auf die Mitarbeit der bei ihm beschäftigten Einzelpersonen, Gruppen und — wenn man es schon so nennen will — Staaten aufgebaut ist, als auf dem bisherigen Zwang, bei dem er immer Angst vor dem Gegenbruch haben mußte. Einweisen kann ich keine Uebergründung seiner Rechte als amerikanischer Bürger entdecken. Ich glaube, Sie würden mit einem Vorgaben gegen Brooker in

kurzester Frist die gesamte Deftlichkeit gegen sich haben.“

Prescott wachte eigenmächtig, überließ die erstaunten und gekränkten Gesichter und verabschiedete sich. Als er in der Tür war, hielt ihn der Vorsitzende noch einmal zurück:

„Und die Einsetzung der einheimischen Aufseher? Die Herabminderung des amerikanischen Ansehens?“  
 Prescott zuckte die Achseln. „Sie vergessen, daß er das nur dort getan hat, wo er die ausschließliche Macht hatte, also nur in den von ihm kontrollierten, seinem Trust zugehörigen Gebieten der fremden Verwaltungen. Jetzt rächt sich die Feigheit unserer Regierung, nichtmächtig von dem, was sie haben will, Besitz zu ergreifen und sich mit einem Vorschleiben von Privatpersonen zu begnügen. Und wenn Brooker in Costarica einen Nezer zum Befehlshaber der Miliz macht, dann könnten vielleicht die Costaricaner etwas dagegen tun, aber nicht wir. Nur glaube ich nicht, daß sie gegenüber Brooker die größeren Kanonen haben werden.“

Der Direktor der Bank für Auswärtige Interessen rang die Hände. „Aber Herr Professor, das ist ja schrecklich. Statt uns Ratsschläge zu geben, verketzen Sie uns in noch größere Verzweiflung.“

Prescott schlug sich etwas ungeduldig mit den Handflächen gegen die Hofe.

„Sie haben ein Gutachten verlangt und keine Ratsschläge. Aber ich will Ihnen auch einen Ratsschlag geben.“

Der Direktor und der Vorsitzende neigten sich voll Spannung vor.

„Versuchen Sie den Grund herauszubringen, aus dem Brooker das tut.“

nicht vorstellen, daß dies die Wahrheit ist. Das sind Gedanken, die Brooker bisher gar nicht gelogen haben, soweit ich ihn kannte.“

Seit jener Nacht auf dem Turm waren nur schon vier Monate vergangen. Keiner, der das Warenhaus „The Spring“ betrat, konnte irgendeine Veränderung bemerken, es sei denn, daß die Fülle der Käufer immer beängstigender wurde, daß selbst an schlechten Verkaufstagen, namentlich dort, wo die zurückgesetzten Waren zu Schmelzpreisen verkauft wurden, die jede Konkurrenz ausschalteten, die Käufer sich geradezu um das Bedientwerden prügelten, und daß die Verkäufer noch stiller und vergnügter geworden zu sein schienen. Wer sich aber im 62. Stockwerk dem Arbeitszimmer näherte, der hatte den Eindruck, daß er sich hier in einem Hauptquartier unmittelbar vor der Schlacht befand. Die Luft war erfüllt mit Klagen und Aufen, die bunten Lampen-Schaltbreiter an den Wänden blinkten und flackerten wie auf einer Kriegsfersenschreibstube, Boten stürzten herein und hinaus, und ein Riesenschild verkündete, daß Anmeldungen mindestens acht Tage vor dem gewünschten Zeitpunkt zu erfolgen hätten.

Viktor schloß kaum noch. Er hatte sich neben seinem Arbeitszimmer ein kleines Schlafzimmer einrichten lassen und kam oft tagelang nicht aus dem Hause. Seitdem er beschloffen hatte, das Steuer dieses Riesentrustes, der allein auf den sieben Buchstaben Brooker stand, herumzuwerfen, war die alte Schnellkraft und der Schwung unbändigen Talendranges wieder über ihn gekommen. Er mußte vorsichtig handeln, er mußte langsam die Aenderungen vorbereiten, er mußte Teil um Teil unmerklich von innen her verschieben. Das erforderliche Besprechungen über Besprechungen, erforderte veritauliche Besprechungen mit Menschen, die man noch nicht kannte und denen man auf Grund von Gesprächen und Auskünften innerlich bifkommen wollte. Keine Maßregel konnte ergriffen werden, ohne daß

sich ihre Wirkung wellenförmig ausbreitete und im ganzen Umkreis der Brookerschen Unternehmungen auswirkte. Die ersten Befehle Viktors waren zu hastig gewesen. Er hatte es an den Rückschlagen gemerkt. Schon nach einer Woche ging er planmäßig vor. Jelena tastete klug und vorsichtig die Stellungen ab, Viktor begutachtete sie und gab die neue Zielrichtung an, La Planto, durch seine Anhänglichkeit an Jelena Viktor fest verbunden, hatte mit der Gefühllichkeit seiner jungen, amerikanischen Rasse gemerkt, daß hier ein vertwegenes und hohes Spiel gespielt wurde, wenngleich er nicht ganz unbefangenen begriff, worauf es hinaus sollte.

Er war mit einer unbefangenen und herzlichen Freude dabei, und seine helle Stimme und die frische Art seiner Entschlossenheit setzten in die Tat um, was Viktor ihm zur Ausführung übergab. Oft kam er wochenlang aus dem Fliegermantel nicht heraus. Viktor hatte ihm ein Flugzeug zur Verfügung gestellt. Zwischen Alaska und Chile legte La Planto „Alder von Florida“ durch die Wolken. Die neue Preispolitik, die veränderte Stellungnahme gegenüber den auswärtigen Regierungen und Gesellschaften, die Versuche im Innern, die Masse des Personals zu einem ihm bisher unbekanntem Zusammenschluß zu bringen, trafen auf einen hartnäckigen und erbitterten Widerstand aller dadurch Geschädigten. Jelena hatte, dies voraussehend, mit einer Anzahl Arbeiter unterster Schichten, die durch ihre europäische Vergangenheit um die Dinge Bescheid wußten, einen zweivertreiteten Spiondienst organisiert, und täglich erstattete sie feitenlange Berichte über die Eindrücke und Wirkungen, die die Vorgänge im The Spring drinnen und draußen hervorriefen.

(Fortsetzung folgt.)

honäre in Gemeinden, Bezirken und Ländern nachweist. Genosse Kremler führt aus, die Schenkung, die wohlhabende Bevölkerung trage die Lasten der Gemeindeverwaltung, sei ein Schwindel und zeige an einer Reihe von Angaben, wie sehr die Arbeiter und Angehörigen direkt ausgeplündert werden. Die Gewerbetreibenden und Kaufleute sind durch das Steuergesetz gleichfalls schwer geschädigt worden, während die allgemeine Erwerbstätigkeit gestiegen ist. Ist die besondere Erwerbssteuer der großen Unternehmungen gesunken. Der Schaffung von Gemeindeverbänden stehen oft nationale Bedenken entgegen. Schließlich tritt der Redner für eine amtliche Enquete über die Gemeindefinanzen ein. Genosse Sacher-Rarksdorf betont, daß wir einen energischen Kampf gegen die Abgaben, insbesondere die Mietzinsabgabe führen müssen. Die Regierungsparteien treiben es in der Mieterfrage zur Katastrophe.

Genosse Herzog-Teubitz legt dar, wie in den Bezirken alles systematisch erschlossen wird. Von den Kranken- und Armenhäusern wird ständige Antizipation verlangt. Er macht weiter auf die unerhörte Prozedur bei den Zuweisungen aus dem Dotationsfonds aufmerksam.

Nach der Mittagspause spricht zunächst Genosse Senator Löw, der die Konferenz, namens der parlamentarischen Vertreter der Partei begrüßt. Genosse Schloßnickel-Sternberg bespricht die besonderen Verhältnisse in den Gemeinden und Bezirken Wahrens. Genosse Reinhardt-Brück glaubt, daß die Zustimmung der bürgerlichen Landesvertreter, das Material für eine Aenderung des Finanzgesetzes sammeln zu lassen, eine leere Demonstration sei. Genosse Bötzl-Krüger zeigt an verschiedenen Beispielen, wie man von Seiten der Behörden den Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Wir können auch vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß in den deutschen Gemeinden so hohe Ziffern ins Budget eingeleitet wurden, um etwa auf diese Weise mehr Geld aus dem Dotationsfonds zu erhalten. Die bürgerlichen Vertreter sind nur allzu oft geneigt, das Gemeindefinanzgesetz anzuwenden. An einem Finanzprogramm der Partei wird schon gearbeitet. Wir werden aber Gemeinden nur haben, wenn wir als Partei stark sind. Genosse Dr. Wiener wendet sich grundsätzlich gegen die Einrichtung eines Dotationsfonds. Einer der schwersten Vorkämpfer, die man der Regierung machen kann, ist der, daß sie an eine Regelung der Finanzwirtschaft geschränkt ist, ohne die Grundlagen der Gemeindefinanzwirtschaft zu haben. Während für die Gemeinden und für Wohnungen kein Geld vorhanden ist, will man das Militärbudget wieder erhöhen. Genosse Dr. Weiser charakterisiert die Tätigkeit der Bürokratie in den Bezirken. Die Vertreter der Bevölkerung müssen durch energische Arbeit in den Vertretungen und Kommissionen den Einfluß der Beamten zurückdrängen. Nach dem Schlusswort des Genossen Grün wird eine Entschließung angenommen, die den Standpunkt unserer Partei zum Gemeindefinanzgesetz zum Ausdruck bringt. (Wir werden die Entschließung noch bringen.) Ferner wird ein Antrag, der die Einberufung einer Enquete verlangt, auf der über die Finanzen der Selbstverwaltungsförderung gesprochen werden soll, angenommen.

Namens der Mandatsprüfungskommission teilt Genosse Rejci mit, daß 146 Delegierte erschienen sind. Sodann tritt die Konferenz in die Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung.

**Die staatlichen Altersunterstützungen**  
ein, wozu der Genosse Dr. Wiener das Referat erstattet. Das Gesetz hat, so sagt der Referent, in allen Kreisen, die sozial fühlen, die größte Erbitterung hervorgerufen. Gerade der Generation der Vorkämpfer der Sozialversicherung werden die Früchte dieses Kampfes vorenthalten. Man hätte die über 60 Jahre alten Personen in die Sozialversicherung aufnehmen müssen. Ein großes Unrecht ist die Einrechnung der Altersunterstützung in die staatliche Altersversicherung. Jedes Wort der Kritik für dieses elende Gesetz ist zu schwach. Genosse Wiener gibt eine eingehende Kritik des Gesetzes, in welcher er alle Schäden der bürgerlichen Parteien darlegt, viele Menschen um den Bittel, den ihnen die Altersversicherung bieten würde, noch zu bringen. Es wird die Aufgabe der Arbeiterfürsorge sein, dafür zu sorgen, den Alten das zu sichern, was aus dem Gesetz herauszuholen ist. Die Sozialdemokraten werden weder im Parlament noch in den Gemeinden unsere alten Vorkämpfer um die Sozialversicherung im Stich lassen.

Genosse Wenzel-Brück sagt, daß die Gemeinden trotz ihrer schlechten Finanzlage die Altersunterstützungen kürzen sollen. Wir wollen die Gemeinden nicht auf Kosten der Arbeiterarmen sanieren. Genosse Pabel-Turn weist darauf hin, daß der Staat den Versuch gemacht hat, sich seinen Verpflichtungen zu Ungunsten der Gemeinden zu entziehen. Genosse Tam-Parschütz wünscht Richtlinien für die sozialdemokratischen Gemeindefürsprecher in dieser Frage. Genosse Sacher-Rarksdorf legt dar, daß vor allem diejenigen, die schon heute Altersunterstützungen genießen, vor einer Verminderung ihrer Einkünfte geschützt werden müssen.

Genosse Löw bespricht die Aufgabe der Altersunterstützungen in den Landgemeinden. Genosse Kremler legt dar, daß man die geforderten Richtlinien nicht herausgeben könne. Das Gesetz sei zu Gunsten der Agrarpartei gemacht worden. Genosse Heinkel-Galshaus erinnert an die Unterstüßungsbedingungen, die im Ausland leben. Genosse Dirsch-Probstau weist darauf hin, daß die Durchführungsverordnung zum Gesetz noch härter ist, als dieses selbst. Nach dem Schlusswort des Genossen Dr. Wiener wurde einstimmig folgender Antrag angenommen:

Die sozialdemokratischen Gemeindefürsprecher sind verpflichtet, dafür zu wirken, daß die kommunale Altersfürsorge, ungeachtet des Gesetzes über die staatlichen Altersunterstützungen, ausreicht erhalten und verbessert werde. Der parlamentarische Klub wird ersucht, die eifrigste Förderung des Gesetzes über die staatlichen Altersunterstützungen zu betreiben.

Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen. Die Konferenz wird auf Samstag vormittag verlegt.

**Referat Dittmann:**  
Der Entwurf der Richtlinien ist vielfach als Wehrprogramm bezeichnet worden. Die Kommission war beschleunigt. Sie wollte nur Richtlinien für die Tagesarbeit entwerfen. Die Kommission ist dabei von den Tatsachen ausgegangen, die der Weltkrieg in Deutschland geschaffen hat. Ein Programm, das sich von diesen Emungen und Bindungen freistellte, wäre eine müßige Spielerei. Es ist die Behauptung aufgestellt worden, wir wollten uns durch die Richtlinien für die bürgerlichen Parteien schändlich machen. Aber die Kommission empfiehlt ja lediglich die Fortsetzung der bisherigen Haltung der Partei in der Wehrfrage. Wir bitten Sie, den Entwurf in der jetzt vorgelegten Form anzunehmen.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Heer an sich war stets eine sachlich zustimmende. Aber die Partei lehnte das Wehrsystem, das sie bei ihrer Entstehung vorfand, ab, das System des stehenden Reserveheeres. Bismarck hatte das Heer zum blinden Werkzeug seiner Reichspolitik gestaltet. Darum ließ damals der Liberalismus Sturm gegen diese sogenannte Reform und prägte das Schlagwort: „Alles für die Verteidigung des Vaterlandes, aber dieses System des stehenden Heeres, das im schroffen Gegensatz zum Volke steht, keinen Mann und keinen Soldaten!“

Die sozialdemokratischen Gemeindefürsprecher sind verpflichtet, dafür zu wirken, daß die kommunale Altersfürsorge, ungeachtet des Gesetzes über die staatlichen Altersunterstützungen, ausreicht erhalten und verbessert werde. Der parlamentarische Klub wird ersucht, die eifrigste Förderung des Gesetzes über die staatlichen Altersunterstützungen zu betreiben.

# Wehrmacht und Proletariat.

## Die Magdeburger Debatte um die Richtlinien.

Auf dem Magdeburger Parteitag nahm die zweitägige Debatte über das Wehrprogramm der Partei — vielmehr nur über die „Richtlinien“ zu einem solchen — neben der Aussprache über die Licht- und Schattenseiten der Kooperationsbereitschaft einen breiten Raum ein. Die eigens eingesetzte Wehrkommission hatte noch am vorigen Freitag eine Sitzung abgehalten, in der unter Berücksichtigung von Vorschlägen Otto Bauer's und unter Anlehnung an einige dem Parteitag vorliegende Anträge aus Hamburg und Berlin der ursprüngliche Entwurf in mehreren Punkten abgeändert worden war. Namentlich der dritte Abschnitt der Richtlinien war in der lange vor dem Parteitag abgeführten Pressediskussion viel umkämpft. Er hat nun in seinem entscheidenden Teil folgende endgültige Fassung erhalten:

Der wirkungsvollste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Befriedigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und fascistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militärischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die deutsche Republik einordnet.

In Abschnitt 2. der von der Abrüstung handelt, hat der letzte Absatz eine Ergänzung erhalten, so daß dieser Absatz lautet:

„Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr ausserletzte Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.“

Wir bringen nachfolgend im Anschluß und in Ergänzung unseres Artikels einen Auszug aus dem Referat Dittmanns und aus der interessanten Debatte, in der die verschiedensten Ansichten oft ziemlich unvermittelt aufeinanderprallten. Wie wir bereits meldeten, wurden die Richtlinien schließlich am Mittwoch mit fast Zweidrittel-Mehrheit vom Parteitag angenommen.

Der Entwurf der Richtlinien ist vielfach als Wehrprogramm bezeichnet worden. Die Kommission war beschleunigt. Sie wollte nur Richtlinien für die Tagesarbeit entwerfen. Die Kommission ist dabei von den Tatsachen ausgegangen, die der Weltkrieg in Deutschland geschaffen hat. Ein Programm, das sich von diesen Emungen und Bindungen freistellte, wäre eine müßige Spielerei. Es ist die Behauptung aufgestellt worden, wir wollten uns durch die Richtlinien für die bürgerlichen Parteien schändlich machen. Aber die Kommission empfiehlt ja lediglich die Fortsetzung der bisherigen Haltung der Partei in der Wehrfrage. Wir bitten Sie, den Entwurf in der jetzt vorgelegten Form anzunehmen.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Heer an sich war stets eine sachlich zustimmende. Aber die Partei lehnte das Wehrsystem, das sie bei ihrer Entstehung vorfand, ab, das System des stehenden Reserveheeres. Bismarck hatte das Heer zum blinden Werkzeug seiner Reichspolitik gestaltet. Darum ließ damals der Liberalismus Sturm gegen diese sogenannte Reform und prägte das Schlagwort: „Alles für die Verteidigung des Vaterlandes, aber dieses System des stehenden Heeres, das im schroffen Gegensatz zum Volke steht, keinen Mann und keinen Soldaten!“

Die junge Sozialdemokratie ging in dieser Frage mit dem Liberalismus konform, übernahm die liberale Forderung des Volkshheeres nach Schweizer Muster in ihr Programm, und die sozialdemokratische Agitation ging bis zum Zusammenbruch im Weltkrieg unter dem Schlagwort: Diesem Wehrsystem keinen Mann und keinen Soldaten! Aber auch im kapitalistischen Wirtschaftssystem war diese Sozialdemokratie bereit, Wehrausgaben zu bewilligen, wenn an die Stelle des Heeres das System der Volkswehr gesetzt und der Gegensatz zwischen Heer und Volk beseitigt wurde. Der Kampf der Sozialdemokratie und besonders August Bebel's scharfer Kampf, galt immer nur dem System des preussischen Militarismus. In der Erläuterungsbrochure zum Erfurter Programm von Rautsky und Schönlanck wird ausgeführt, ein freies Volk müsse es verstehen, die Waffen zu führen, um seine Freiheit zu schützen. Die Erziehung der Bürger zur Wehrpflicht sei notwendig.

Im Frieden müsse jeder Bürger in kurzen Übungen im Waffengebrauch unterwiesen werden, und im

Notwehr bedienen deshalb auch wir uns der Gewalt im Innern wie nach außen.

Mit der Abrüstung der Heere muß die moralische und geistige Abrüstung der Völker parallel gehen, dann haben die Kriegstreiber ihr Spiel verloren. Aber nicht nur in den Völkern muß der Antikriegswille lebendig sein, auch in den Regierungen. Und so wird die Wehrfrage letzten Endes wieder die innerpolitische Frage: Wer herrscht im Staat? Je größer unser Einfluß auf Staat und Regierung ist, desto größer ist unser Einfluß auch für den Frieden!

Das zeigt das russische Beispiel. Seine unerläßliche Voraussetzung ist die ökonomische Reife, die in Deutschland in weitem Umfang gegeben ist. Wirtschaftliche Tendenzen, wie die Wirtschaftsdemokratie, und politische Tendenzen gehen parallel, der Kapitalismus zu überwinden, und die Bahn für den Sozialismus freizumachen.

Diese organische Entwicklung wird schneller und sicherer zum Sozialismus führen, als kommunistischen Gewalt, und Terrormethoden. Gewalt kann von uns nur angewendet werden, als Wehr gegen die Gewalt, die das Rad der Weltgeschichte gewalttätig rückwärts drehen will.

Doch wir uns auf diese Möglichkeit einrichten, beweist die Gründung des Reichsbanners. Normalerweise aber wollen wir Wirtschaft, Staat und Gesellschaft allmählich mit sozialistischem Geist durchdringen.

Mit der Polizei lebten wir im alten Staat in einem ständigen Guerillakrieg, weil die Polizei auf Feindschaft gegen die Arbeiterklasse dreifert war. Heute haben wir sozialdemokratische Polizeiminister und Polizeipräsidenten und zahlreiche Kommissare als Parteimitglieder. Gilt heute also noch die Begründung, die Polizei sei ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft? Fordert irgendein Mensch die Beilegung der Polizei oder arbeiten wir alle an ihrer Demokratisierung? Im Heer ist der Widerstand der reaktionären Kräfte am stärksten, aber auch dort läßt sich die Umwandlung nicht aufhalten. Schließlich sind das alles doch nur Teilercheinungen an der bürgerlichen Gesellschaft, die man nicht isoliert beseitigen, sondern nur im Kampf gegen das kapitalistische System überwinden kann. In dieser marxistischen Erkenntnis besteht unsere Überlegenheit gegenüber den bürgerlichen Weltanschauungen, die immer versuchen, der Menschheit ganzes Weh und Achlaufendach aus einem Punkte zu kurieren. (Heiterkeit.)

Die isolierte Ablehnung des Heeres, etwa als erlösende große Inkonsequenz. Rechtzeitig müßten wir dann zurückkehren zum Magdeburger Parteitag von 1910, und die Ablehnung des Budgets wieder zum Parteitag machen. Damit würden wir freilich alles verlegen, was seit 1919 neu geworden ist: Republik und Demokratie, Weidener Programm, Brüßler Abrüstungsrevolution und auch die Reden, die Künzler als Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Opposition zum Wehretat gehalten hat.

Auf dem Zweiparteier Internationalen Kongress von 1907 sagte Bebel gegen Herbo, daß auch wir als Sozialdemokraten militärische Rüstungen nicht ganz entbehren können, solange die Verhältnisse der einzelnen Staaten sich nicht grundlegend geändert haben, aber nur im Sinne der Verteidigung auf freier demokratischer Grundlage. Aus diesem Geiste Bebel's heraus hat die Kommission in die Richtlinien den Satz hineingebracht:

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

„So lange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.“

Auf dem Brüßler Kongress ist der Satz angenommen worden, daß man auch revolutionäre Mittel gegen die Regierungen anwenden müsse, wenn sie einen Angriffskrieg unternehmen. Dieser Satz hätte keinen Sinn, wenn man nicht die Unterwerfung von Angriff- und Verteidigungskrieg für möglich hält. Die radikalen Kritiker haben diesen Satz übrigens auch übernommen. Da ist wohl die Vernunft einmal mit ihnen durchgegangen. Es ist ferner gesagt worden, es sei ein Widerspruch, sich für die Totalabrüstung zu erklären und gleichzeitig die Aufrechterhaltung unserer kleinen Wehrmacht zu fordern. Ich sehe darin keinen Widerspruch.

Die Totalabrüstung ist ein Zukunftsziel, aber die Abrüstung ist ein Entwicklungsprozeß.

Die Kommission legte ihrer Arbeit Gutachten zugrunde von Rautsky, Bernstein, Otto Bauer und Julius Deutsch. Ich danke den vier Genossen für diese Arbeit, die sie gleichzeitig haben, aber alle vier Gutachten waren einmütig der Meinung, daß eine Totalabrüstung für Deutschland leider noch nicht möglich ist.

Man fragt man, gegen wen wir denn ein Heer brauchen, wer uns denn bedroht. Gleichzeitig aber malt man täglich neue Kriegsgefahren an die Wand und weist auch auf die Rüstungen der anderen Staaten hin. Unser Entwurf ist nichts anderes, denn er sagt: „Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und fascistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen.“

In der Inflation haben uns Gewalt und Terror der Rechtspolitiken auf das gefährlichste bedroht. Wir haben sie nur dadurch zurückgeworfen, daß wir ihren Gewalttaten unsere des Reichsbanners entgegenzusetzen konnten. Gewaltmitten imponiert immer nur die Gewalt.

In Notwehr bedienen deshalb auch wir uns der Gewalt im Innern wie nach außen.

Mit der Abrüstung der Heere muß die moralische und geistige Abrüstung der Völker parallel gehen, dann haben die Kriegstreiber ihr Spiel verloren. Aber nicht nur in den Völkern muß der Antikriegswille lebendig sein, auch in den Regierungen. Und so wird die Wehrfrage letzten Endes wieder die innerpolitische Frage: Wer herrscht im Staat? Je größer unser Einfluß auf Staat und Regierung ist, desto größer ist unser Einfluß auch für den Frieden!

(Lebhafter Beifall.)

### Paul Levi-Berlin:

Von den drei Heimtuchungen der Menschheit: Krieg, Hunger und Pest, sind Hunger und Pest als gesellschaftliche Erscheinungen längst erkannt, der Hunger vor allem von Karl Marx. Der Krieg hat der soziologischen Durchforschung am längsten widerstanden, obgleich Clausewitz schon im Jahre 1809 ausgesprochen hat, daß der Krieg ein gesellschaftlicher Konflikt sei, der sich blutig löse.

Wäre der Krieg also als ein soziologisches Phänomen erkannt, so wäre es unmöglich, seine Beurteilung von politischen Formulierungen abhängig zu machen.

Denn wenn man dies wie Dittmann tut, dann muß man an dem Tage, wo das Fürchterliche geschehen sollte, ohne geistiges Rüstzeug dastehen, denn die politische Situation des Krieges kann niemand im voraus festlegen. Dittmann hat das Programm der Wehrkommission in das außenpolitische Willen der Siegerstaaten hineingestellt. Aber wer kann heute schon sagen, daß die politische Situation des Friedensdiktats noch besteht? Dittmann hat weiterhin das Wehrprogramm in das innenpolitische Willen hineingestellt, da wir in Deutschland ein ausschlaggebender Faktor geworden seien. Aber kann man überhaupt feststellen, in welchem Maße in einer gegebenen politischen Situation der eine oder der andere Faktor Herr im Staate ist? In Wahrheit ist es doch immer so, daß die schreckliche Tatsache des Krieges viele arm und wenige reich macht, daß das dialektische Gesetz der Ausbeutung im Kriege nicht stillsteht, sondern doppelt und dreifach arbeitet.

Darum ist die Kernfrage die: Kann das Proletariat an diesem Gesetz des wirkenden Klassenkampfes vorbeigehen oder hat es die Pflicht, auch im Kriege, und gerade im Kriege, seinem Lebenselement, Klassenkampf, vollen politischen Ausdruck zu verleihen?

Muß es nicht gerade im Kriege seinen Kampf für die Freiheit und Befreiung der großen Masse lebendig machen und unter dem Banner der Revolution befehlen? Nach unserer Überzeugung muß die proletarische Klasse, ausgerüstet mit aller sozialen Erkenntnis, im Kriegsfall bewußt und klar zu Ende führen, was die französischen Revolutionäre von 1793 nur unbewußt begonnen haben. (Beifall.)

### Roch-Hamburg:

Der vorliegende Programmentwurf bringt einen Fortschritt: die Anerkennung der Tatsache, daß wir zum Problem des Krieges nicht als Deutsche oder Angehörige einer anderen Nationalität Stellung nehmen müssen, sondern als internationale Sozialdemokraten. Das Proletariat der Welt hat bisher jeden Krieg verloren. Der Standpunkt Levis ist opportunistisch und läßt die Konsequenz vermissen. Er geht immer davon aus, daß die besoffene Macht dazu berufen ist, in der Entwicklung der Menschheit noch eine große Rolle zu spielen. Wir aber halten es für an der Zeit,

jeden Militarismus abzuschneiden, selbst wenn er unter der roten Fahne segelt.

**Rückler-Berlin:**

Die Debatte über das Wehrprogramm ist geboren worden aus der Debatte über den Panzerkreuzerbeschluß. Daraus ergibt sich schon, daß das Wehrprogramm keine dringliche Angelegenheit ist, die unbedingt schon auf diesem Parteitag erledigt werden muß. Trog der Verbesserungen nach den Anregungen von Otto Bauer ist das Programm für uns unannehmbar geblieben.

Unannehmbar ist für uns vor allem der Satz, in dem die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wehrmacht mit der Gefahr imperialistischer und faschistischer Interventionen begründet wird.

Sagt man, soll denn Deutschland sich verteidigen? Jeder weiß, daß ein Krieg mit Polen auch ein Krieg mit Frankreich sein würde. Die angestrebte Verständigung mit Frankreich würde also auch die Verständigung mit Polen bedeuten.

**Leber-Über**

wendet sich gegen die Ausführungen von Dr. Levi. Dieser sei ein gefährlicher Rhetoriker. Er spiele so lange mit Theorien, bis die Theorien mit ihm spielen.

Aus Levi's Ausführungen sprächen gewisse anarchistische Tendenzen.

Die immer neben dem Sozialismus hergegangen sind. Diese Tendenzen führen uns hin zu der alten Debatte um den Staat. Krieg und Militär sind in diesem Falle gar nicht das Primäre, sondern die Stellung unserer Partei zum Staat und zur Republik. Die Arbeit am dem Wehrprogramm hat mit Krieg und Faschismus sehr wenig zu tun. Sie ist notwendig geworden, weil in der deutschen Republik eine ungeheure Spannung herrscht zwischen der Arbeiterschaft und der Wehrmacht der Republik. Diese Spannung ist ein Passivposten der Republik, aber auch der deutschen Sozialdemokratie.

**Seeger-Deffau**

betont, als Pazifist -- wenn auch nicht als „Aurypazifist“ -- müsse er den Entwurf der Kommission bekämpfen.

Der Gedanke der Demokratisierung der Wehrmacht entspringt einer Illusion, denn die Demokratie widerspricht dem Wesen einer Armee.

Angesichts der Entwicklung der militärischen Machtmittel ist der Begriff des Verteidigungsmittels überlebt und die Lokalisierung eines Krieges unmöglich. Wir in Deutschland haben nur die Wahl zwischen dem Schutz vor Angriffen durch Neutralisation unseres Landes oder der Abrüstung, denn mit dem Heer von 100.000 Mann können wir uns nicht schützen. Was die Kommission mit ihrem Entwurf macht, ist halber Pazifismus, der darauf hinausläuft: wir bekämpfen den Krieg grundsätzlich, aber wir machen den nächsten Krieg mit.

**Seebowitz-Zwickau:**

Wir lehnen die Beteiligung an jedem Krieg ab, weil bei jedem Krieg das Proletariat jedes beteiligten Landes der Besiegte ist, ganz gleichgültig, ob es sich um den Siegerstaat oder den besiegten Staat handelt. Die Begriffbestimmung des Verteidigungskrieges ist gar nicht möglich, denn der Charakter eines Krieges ergibt sich erst in seinem Verlauf. Die deutsche Sozialdemokratie muß in der Ablehnung des Krieges der Internationale voranschreiten.

**Schöpfli-Karlruhe:**

Unter Mithilfe der Sozialdemokratie ist die Wehrmacht der Republik geschaffen und jeder Mann der Reichswehr bewilligt worden. Erst in neuester Zeit versucht eine Opposition der Partei einzureden, daß jeder bewaffnete Landesherr unsern Grundbesitz widerstrebe. Stellen Sie Deutschland einmal vor die Frage, diesen Landesherrn zu beseitigen, und Sie werden Ihr blaues Wunder erleben.

**Castein-Breslau:**

Die Reichswehr ist die schärfste Waffe des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft. Gerade in der Wehrfrage steht Klasse gegen Klasse mit unverhülllichem Haß. Wem gehört das Vaterland, das wir verteidigen sollen? Den Arbeitern gehört das Vaterland erst, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung besiegt ist. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat der Arbeiter kein Vaterland. Die Bezeichnung „Landesverräter“ ist ein Ehrentitel für uns.

**Crispien:**

Levi hat die Kleinigkeit übersehen, daß auch Krieg und Kriegsgefahr letzten Endes auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen sind und daß Karl Marx nicht nur über den Hunger, sondern auch über die Klassenkämpfe und den Krieg geschrieben hat. Das Ziel des Sozialismus ist die gemaltische Gesellschaft. Darum ist in unserem Programm kein Raum für ein Wehrprogramm. Aber in der gegenwärtigen Gesellschaft spielt die Gewalt noch eine Rolle und für diese Gegenwart stellen wir Richtlinien auf. Levi schreitet über diese Zeit hinweg und betrachtet lediglich die Rolle des Militärs beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Dabei stellt er die rein bolschewistische Theorie auf, daß wir dann auch die Menschen gegen ihren Willen mit der Gewalt glücken machen müssen. Der Sozialismus lehnt das grundsätzlich ab und vertraut ausschließlich auf die freudig bewußte Mitarbeit der Massen. Wir alle erstreben die Abrüstung, aber die Grenze der Abrüstung hat schon 1893 Engels gezogen:

„sie darf nicht zu einer Machtverschiebung führen, durch die das Vordringen des Sozialismus aufgehalten wird. Deshalb ist es

vollkommener Unfinn, die demokratischen Staaten radikal abzurufen, während der Faschismus aufrückt.“

**Severing:**

Diese Debatte wäre nicht nötig gewesen, wenn wir Arbeiter, Demokraten und Republikaner im Laufe des letzten Jahrzehnts ein anderes Verhältnis zur Reichswehr bekommen hätten. Eine Demokratisierung der Reichswehr wird allerdings kaum möglich sein, denn die Demokratie in der Organisation ist mit dem militärischen Charakter einer Truppe nicht vereinbar. Darauf kommt es aber nicht an, sondern darauf, daß wir die Reichswehr republikanisieren. Das ist bisher leider in dem erforderlichen Maße nicht geschehen.

Richtlinien sind gut, aber die reale Macht ist wichtiger. Diese reale Macht werden wir nicht allein im Reichstag ausüben können, es kommt in diesen Dingen mehr auf die Exekutive als auf die Legislative an. Alles, was die Opposition in ihrem Programm fordert, ist zu einem guten Teil nur durch Beteiligung an der Reichsregierung möglich. Für die Notwendigkeit der Landesverteidigung brauchen wir nicht auf Oesterreich oder das Bürgerland zu schauen. Wir haben selbst schlimmeres erfahren. Im Jahre 1920 haben mich Deputationen aus Oberschlesien bestürmt mit der Forderung, ihnen Waffen zum Selbstschutz zu geben! Wenn Sie diese Landesverteidigung ablehnen, glauben Sie damit der Arbeiterklasse einen

Dienst zu erweisen? Mindestens in den Grenzgebieten entstanden dann illegale Organisationen zu vollberechtigten faschistischen Bewegungen, die auch auf den Kern Deutschlands ausstrahlen würden. Die Ablehnung der Landesverteidigung wäre also lediglich der erste Schritt zum Siege des Faschismus.

**Das Schlusswort Dittmanns:**

Nur wer die Parteigeschichte gar nicht kennt, könne die Vorschläge der Programmkommission als etwas Neues ansehen. Castein habe gesagt, die österreichischen Arbeiter würden Tirol gegen den Faschismus verteidigen, aber nicht mit der offiziellen Wehrmacht zusammen. Das sei wertlose Konstruktion; im Falle der Not nehme man Bundesgenossen, wo man sie finde. Wenn Castein ins Wasser fiel, würde er sich auch von einem Hakenkreuzer herausziehen lassen. (Seiterzeit) Annahme des Antrages 183 würde die Partei völlig isolieren und eine völlig neue Politik notwendig machen. In Wahrheit aber sei es gar nicht so, daß auf der einen Seite die Arbeiterklasse hände, auf der anderen das gesamte Bürgertum. Die Klassencheidung gehe durch die politischen Parteien. Im Lager der bürgerlichen Parteien seien leider noch sehr viele proletarische Elemente, die man für die Sozialdemokratie gewinnen würde, wenn man eine unüberstehbare Scheidewand aufrichten würde. Der Entwurf der Programmkommission gibt nur praktische Richtlinien zur Tagespolitik als gemeinsame Position für den täglichen Kampf. Er beantragt namens der Kommission, die Vertagungsfrage abzulehnen und den Entwurf anzunehmen.

**Englische Wahlversammlungen.**

**Drei Stichproben.**

Gestern fanden in England die Wahlen zum Unterhaus statt. Die genauen Resultate werden erst im Laufe des Freitag bekannt werden. Das typische englische Wahlkampfritzen ist in den folgenden drei Versammlungsstätten gut festgehalten.

**Londoner Norden.**

Nichts trostloseres auf Erden als dieser Londoner Osten und Norden mit seinen ewig gleichen, monotonen Straßenzügen, seinem Grau in Grau, seinen Elendsquartieren.

Das Auto führt uns durch ungezählte Seitenstraßen, quer durch die Quartiere der Ärmsten der Armen, bis wir vor einem kirchenähnlichen Gebäude, einer Missionshalle der Kirche von England, halten. Der Saal selbst, halb Schulraum, halb Kapelle, ist zum Bersten gefüllt, Tugende von Männern und Frauen drängen sich vor dem Eingang, um einen Blick auf den Redner, den einen oder anderen Satz, der drinnen gesprochen wird, zu erfassen. Der Saal ist mit Wahlplakaten besät, die in friedlicher Gemeinschaft neben religiösen Bildern angebracht sind. Sie tragen das Porträt des lokalen Kandidaten Herbert Morrison, des Führers der Londoner Arbeiterpartei und fordern auf, für ihn und damit „gegen den Krieg“ zu stimmen.

Nichts kann für den ausländischen Beobachter eindrucksvoller sein als diese englischen Massen. Wer erwarten sollte, in der Umgebung der Elendsquartiere ein müdes, verbittertes Proletariat zu finden, radikalisiert oder apathisch, der muß von der freien Haltung, dem Selbstbewußtsein, der Heiterkeit dieser typisch proletarischen Männer und Frauen betroffen sein. Mögen sie tausendmal von einer ungerechten Wirtschaftsordnung, in menschenunwürdigen Quartieren zusammengepfercht, ein Leben ohne Luft und Sonne verbringen, ihre Lebensgeister sind ungebrochen und ihre Menschenwürde unangefastet.

Herbert Morrison spricht. Er spricht wie einer, der die Sorgen und Hoffnungen dieser Menschen aus persönlichem Erleben heraus kennt, spricht ohne Pathos, appelliert an ihren Sinn, zeigt die Verbindung, die von ihrer Not zu den großen politischen Fragen und Entscheidungen führt, zeigt ihnen den Sozialismus in seiner überweltigenden praktischen Bedeutung für ihre eigene und ihrer Kinder materielle und geistige Existenz. Man fühlt, wie die Botschaft des Sozialismus für diese Menschen, später zwar als für die Arbeiterklasse anderer europäischer Länder, aber nicht weniger tief und entscheidend, zum großen Erlebnis geworden ist.

Und während hier Herbert Morrison im Norden Londons vom Ausweg aus der Not und Armut der Zeit durch den Sozialismus spricht, wird zu gleicher Stunde von tausenden von Tribünen herab, zwischen dem Norden Schottlands und der englischen Südküste, die Lehre des Sozialismus verkündet und das politische Mandat für seine Verwirklichung gefordert. In keinem Wahlkampf der Welt, so stelle ich ein ausländischer Journalist, der uns begleitete, steht der Sozialismus selbst so sehr im Vordergrund der Wahlagitiation wie heute in England, wo der Sozialismus noch vor knappen fünfundsiebzig Jahren ein Fremdling im politischen Leben der Nation gewesen ist.

**Liberales Meeting.**

Das Auto schiebt sich, zwischen Trambahnen und Omnibussen hindurch, nach Nord-Ost. Die endlos gleichen Straßenzüge weichen breiteren, helleren Straßen, es geht an Gärten und Villen vorüber, nach einer jener Vorstädte, in denen das Bürgertum dominiert. Ein paar

Polizisten vor dem Eingang einer Halle, umgeben von Bäumen und Sträuchern, zeigen das Versammlungslokal des liberalen Führers im Hause des Lords, des Earl von Beauchamps an. Das Meeting hat bereits begonnen. Auch diese Versammlung ist überfüllt. Auffallend viele alte Leute neben ganz jungen Wählern, die in Tenniskostümen und Sportkleidern geradewegs von den Sportplätzen herbeigeeilt sind. Wir sind hier an der Peripherie von Winston Churchills Wahlkreis. Hier ist der Wahlkampf persönlicher, mit einer stark betonten Note gegen den konservativen Schatzkanzler, der in seiner dreißigjährigen politischen Karriere abwechselnd im liberalen und konservativen Lager seine Zeit aufgeschlagen hatte, um vorläufig im konservativen Lager zu landen. Nichts leichter für den Redner als den Winston Churchill der Jahre 1924-29 mit seinen eigenen früheren Äußerungen zu schlagen und sein Verfolgen als Finanzminister an den Grundstücken nachzuweisen, die er selbst in seiner liberalen Aera aufgestellt hatte.

Aber auch hier steht die soziale Frage eindrucksvoll im Vordergrund; Lord Beauchamps findet den stärksten Beifall dieser ernst gestimmten Versammlung, wenn er von der Not der Arbeitslosen und der Notwendigkeit ihrer Überwindung spricht und den liberalen Wählern Lloyd Georges Pläne zu ihrer Überwindung empfiehlt. Auffallend, daß der liberale Redner, eine der repräsentativen Figuren der Partei, den ganzen Schwerpunkt seines Angriffs gegen die Konservativen richtet und auf jegliche Polemik gegen die Arbeiterpartei verzichtet. Auffallend das neu erwachte Selbstbewußtsein dieser früh totgeschlagenen Partei, die im Jahre 1924 von ihren alten Wählern pausartig im Stiche gelassen worden war.

**Winston Churchills Wahlkreis.**

Es ist spät nachts geworden, ehe wir in Epping, dem Zentrum von Winston Churchills Wahlkreis einbiegen. Mitten in der halb ländlichen, halb städtischen Hauptstraße werden wir von einer Menschenmenge aufgehalten, die sich um einen Lastwagen wie um den Wagen fahrender Gaukler neugierig gruppieret hat. Hier weht uns die Union Jack, die britische Fahne entgegen, die Union Jack dient als Verkleidung für die profane Form des Transportautos, die Union Jack bildet den geistigen Hintergrund für das Schauspiel, das sich uns nunmehr bietet: Hoch auf dem Führersitz ist drohend ein Lautsprecher angebracht, ein zweiter brüllt nach der entgegengesetzten Richtung in die Stille der Kleinstadt. Auf dem Wagen gestützt vor einem Mikrophon ein junger Mensch, der hier unverkennbar seine ersten Gehversuche in politischer Propaganda macht. Die Menge rund um den Lastwagen herum besteht nicht aus Churchill-Anhängern. Es sind Arbeiter aus den Lebensmittelbetrieben Eppings, Proletariat, die am kommenden Donnerstag ihre Stimme dem sozialistischen Kandidaten geben werden. Zwischenruf folgt auf Zwischenruf. Der Redner versucht zu antworten und die Schwäche seiner Argumente steht in seltsamer Widerspruch zur drohenden Gewalt, die die Lautsprecher hinter jedes seiner Worte setzen. Es ist ein ungleicher Kampf, der hier geführt wird und lachend beginnt die Menge einzusehen, daß es ebenso erfolgreich wäre, einen Tank mit einem Infanteriegeschütz zu bekämpfen, wie gegen diesen politischen Panzerwagen aufzulommen. Wir haben längst die Stadtgrenze Eppings wieder verlassen und noch immer tönt in unserem Rücken das heifere Gebell der Lautsprecher in die Stille der sternklaren Mainacht...

Egon Berthelmer (London).

**Die Probleme des österreichischen Mieterschutzes.**

Der Kampf um den Mieterschutz, der jetzt in Oesterreich geführt wird und der die ganze österreichische Politik bis auf den Grund aufrührt, bietet für die Ausländer, auch für die deutschbolschewistischen Genossen, die sich in der österreichischen Politik ja noch einigermaßen auskennen, so viel des Rätselhaften, daß es doch angezeigt erscheint, den Versuch zu machen, ihnen die Probleme, um die es sich da handelt, doch einigermaßen aufzuklären. Er wird dann vielleicht außer der Frage des Mieterschutzes auch die Frage des österreichischen Heimwehrfaschismus etwas besser verstehen.

Oesterreich ist bekanntlich das einzige Land, das den Mieterschutz bisher vor der Kriegszeit voll erhalten hat. Das hängt damit zusammen, daß die österreichische Währung nach dem jahrelangen Fall auf einem Niveau von etwa einem Fünftel des Goldwertes stabilisiert wurde und eine Aufwertung bei keinerlei Kronenwert durchgeführt wurde. Der Forderungen in Kronen hatte, seien es nun private Forderungen, Sparkasseneinlagen, Kriegsanleihen oder Hypothekarforderungen hatte sie vollständig verloren. Wer eine Versicherung eingegangen war, für die er die Prämien in Goldkronen eingezahlt hatte, bekam am Falltag ein Fünfteltausendstel zurück. Wer ein Haus mit Hypothekendarlehen gebaut hatte oder es belastet hatte, zahlte die Hypothek mit einigen Ailo Zwischeln ab und besaß ein schuldenfreies Haus. Die Klagen der Hausbesitzer, daß sie hungerten, konnten die Deffentlichkeit nicht aufregen, da die Klagen der Kleinrentner, die wirklich hungerten, ungehört verklungen, da jeder wußte, daß die hungernden Hausbesitzer ihre Schulden losgeworden waren und daß die Häuser, die sie ohne bares Geld gebaut hatten, nahezu ihren vollen Wert behalten hatten, wie ja die Gemeinde Wien bereit ist, jedem Hausherrn das Haus gegen eine Lebensrente abzukaufen.

Nach dem Mietengesetz vom 7. Dezember 1922 wird der Mietzins nach dem Friedensmietzins (gemäß dem Grundfaß, daß eine Nachkriegskrone einer Friedenskrone gleich gilt) so festgesetzt, daß er sich folgendermaßen zusammensetzt: 1. aus dem sogenannten Grundmietzins in der Höhe des halben Mietzinses vom Jahre 1914 -- Das ist natürlich eine Lappalie -- (1/30.000 des Goldzinses), 2. aus dem Instandhaltungszins in der Höhe des 1/50fachen Friedenszinses (also ein hundertstel des Goldzinses), 3. der Betriebskosten. Allerdings haben die Mieter über diesen gesetzlichen Instandhaltungszins hinaus die wirklichen Erhaltungskosten des Hauses, also alle notwendigen Reparaturen zu zahlen, womit also der Sachwert des Hauses von den Mietern erhalten wird, in deren Interesse es allerdings ja ist, daß das Haus bewohnbar bleibt. Ueber die Streitigkeiten entscheiden die Mietkommissionen, die aus einem Richter als Vorsitzenden und aus je einem Vertreter aus den Kreisen der Vermieter und der Mieter bestehen. Nun sind die Kosten der Instandhaltung der Häuser ja nach dem Bauzustand verschieden: in den bürgerlichen Bezirken mit den modernen Häusern niedriger als in den Proletarierbezirken mit den alten baufälligen Häusern, sie schwanken in Wien durchschnittlich zwischen dem Tausendfachen des Friedenszinses und dem Drei- bis Viertausendfachen. Immerhin wissen die Mieter, auch die proletarischen, daß sie nur die wirklichen Erhaltungskosten zahlen, aber keine Renten für den Hausherrn.

Die Klagen der Hausherrn haben sich mit der Forderung der Christlichsozialen nach einer Beseitigung der Ertragszuschüsse der Revolution -- des „revolutionären Schattes“, wie es Dr. Zeipel nannte -- und mit den Forderungen der industriellen Scharfmacher getroffen. Und die ganze Reaktion hat die Forderungen der Hausherrn zu den ihren gemacht. Diese Forderungen gingen im Wesen nach einer Valorisierung des Friedenszinses, also nach einer Wiederherstellung der Hausrentenrente. Bei den Wahlen im Herbst 1923 hatte Zeipel angekündigt, eine der allerersten Aufgaben des Parlaments müsse der Abbau des Mieterschutzes sein, damit der Hausherr von seinem Hause wirklich leben könne. Die städtischen Wähler gaben ihm die Antwort. Die Sozialdemokraten vermehrten ihre Stimmenzahl von 35.99 Prozent auf 39.60 Prozent. Nun brachten die Christlichsozialen einen Antrag auf Aenderung des Mietengesetzes ein, wonach der „Hauptmietzins“ bis zum 1. Februar 1927 auf den sechsstausendfachen Friedenszins steigen sollte -- wobei allerdings der Mieter alle Reparaturen selbst zu zahlen habe. Es war also weit mehr als die Valorisierung, da ja bekanntlich im Frieden infolge der Hauszinssteuer den Hausherrn nur etwa die Hälfte des Mietzinses verblieben war, wovon er die Reparaturen aber auch die Verzinsung der Hypotheken zu zahlen hatte.

Die Sozialdemokraten hatten diesen Antrag beharrlich durch Obstruktion verhindert, wobei die ganze Mieterschaft auf ihrer Seite war. Bei den Wahlen im April 1927 wagten es die Christlichsozialen nicht mehr offen für die Beseitigung des Mieterschutzes aufzutreten. Sie wollten die Wähler überlisten und plakatierten in großen Lettern, daß auch wenn sie gewählt würden, der Mieterschutz gesichert sei: „Wähler Einheitsliste! Mieterschutz gesichert!“ prangte es in großen Lettern am Tage vor der Wahl an allen Straßenecken. Aber zugleich hatten sie die Tatsache, daß in den neuen Wiener Gemeindeführern der Mietzins höher ist, als in den verfallenen Proletarierwohnungen, zum Gegenstand einer demagogischen Agitation gemacht. Dabei darf man nicht vergessen, daß auch schon nach dem alten Mietengesetz neugebaute Häuser vom

Mieterschutz frei sind, so daß der Hausherr den Zins verlangen kann, der ihm die Verzinsung seines Kapitals ermöglicht, daß aber die Gemeinde auf die Verzinsung des Kapitals verzichtet und sich mit den Selbstkosten begnügt.

Hier knüpft nun die rechte Phase des Kampfes an. Schon auf dem letzten Parteitag hatten die Sozialdemokraten sich bereit erklärt, auf eine gesetzliche Erhöhung des Mietzins einzugehen, wenn dafür eine Förderung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde durch den Staat gesichert werde — und wenn die Erhöhung der Mietzins nicht zur Wiederherstellung der Hausrenten dienen solle. Ein neuerlicher Antrag der Christlichsozialen auf allmählichen Abbau des Mieterschutzes wurde von den Sozialdemokraten zunächst im Ausschuss obstruiert, die Christlichsozialen haben, daß die Sozialdemokraten die Auflösung des Hauses erzwingen würden, da sie nicht zulassen könnten, daß ein Haus, das unter der Kontrolle der Mehrheitsparteien „Mieterschutz genießt“ gewährt wurde, den Mieterschutz abbauet. So kam schließlich der Pakt vom 19. Dezember 1928 zustande, wonach die Sozialdemokraten ihre Obstruktion im Ausschuss einstellten, unter der Bedingung, daß neue Verhandlungen über die Frage des Mieterschutzes zwischen den Parteien stattfinden. Die Sozialdemokraten wollten die Mehrheit nicht hindern, ein Mieterschutzgesetz zu beschließen, wie sie es wollten — wenn die endgültige Entscheidung entweder nach Neuwahlen oder durch eine Volksabstimmung zustande käme. Zugleich legte die Regierung auch einen Gesetzentwurf über Wohnbauförderung vor, wonach der Staat demjenigen, der zehn Prozent des Baukapitals aufbringt, eine Hypothek von dreißig Prozent besorgt und sechzig Prozent des Kapitals selbst beisteuert. Wenn auch die Begünstigung nur nach freiem Ermessen und auch innerhalb dreier Jahre gegeben werden sollte, schien es doch ein Anfang einer öffentlichen Bautätigkeit und die Sozialdemokraten konnten an sachliche Beratungen mit den Mehrheitsparteien scheitern.

Wiederholt drohten die Verhandlungen zu scheitern. Am 22. April kamen sie aber doch zu einem Ergebnis, das im Wesentlichen dahin geht, daß bis zum Jahre 1931 vom zweitausendfachen bis zum 2700fachen erhöht werden könnten. Damit wären nämlich die Mietzins, wie sie in den Wiener Gemeindefinanzplänen sind, erreicht. Die Christlichsozialen hatten eine Erhöhung auf das 3000- bis 4000fache verlangt, womit den Hausherrn eine, wenn auch keine Rente zugebilligt worden wäre, waren dabei aber auf das entschiedene „Nein“ der Sozialdemokraten gestoßen. Das das bedeutet, ist leicht auszudenken: Der Proletarier, der für Zimmer und Kabinett 30 Kronen monatlich gezahlt hatte, sollte jetzt ganze 8 bis 10 Groschen zahlen oder 41 Kr! Das war die Vereinbarung. Außerdem sollte der Staatszuschuß zur Wohnbauförderung nicht nur Privaten sondern auch Gemeinden und gemeinnützigen Genossenschaften zugute kommen.

Das waren die Vereinbarungen. Daneben hatten die Christlichsozialen aber in den Gesetzentwurf, der jetzt von ihnen als Referentenentwurf eingebracht werden sollte, einige Bestimmungen aufgenommen, die durchaus nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten fanden, von ihnen aber mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen wurden, daß darüber das Volk zu entscheiden haben werde. Unter diesen Bestimmungen ist nun eine, die geeignet wäre, den Mieterschutz erheblich einzuschränken. Für Wohnungen mit mehr als zwei Wohnräumen und für Geschäftslokale mit mehr als 1200 Kronen Jahresmietzins sollte die Mietzins durch freie Vereinbarungen zwischen Hausherrn und Mietern auch über das gesetzliche Maß erhöht werden können. Ausdrücklich sei wiederholt, daß die Sozialdemokraten diesem § 18 nicht zugestimmt hatten, daß diese Bestimmung nicht vereinbart wurde, sondern, daß die Sozialdemokraten nur zur Kenntnis genommen hatten, der Referentenentwurf werde diese Bestimmung enthalten — wobei die endgültige Entscheidung immer dem Volk verbleiben müßte. Nun hat diese Bestimmung nicht nur auf der sozialdemokratischen Reichskonferenz, der die Vereinbarungen vorgelegt wurden, heftige Anfeindungen gefunden, sondern auch in weiten Schichten bürgerlicher Intellektueller — Angestellter und freier Berufe — so daß kaum anzunehmen ist, daß die bürgerl. Parteien auf dieser Bestimmung werden bestehen können. In den Verhandlungen, die nach der Bildung der neuen Regierung wieder aufgenommen wurden, haben die Sozialdemokraten eine Reihe Forderungen, die in den alten Vereinbarungen nicht erledigt wurden, in den Vordergrund gestellt: darunter die Forderung nach Schaffung eines „Ausgleichsfonds“ der die Begünstigung der Mieter neuen Häusern gegenüber denen in den baufälligen alten Häusern, die mehr Reparaturen erfordern, beseitigen soll, dann die Forderung nach Einführung eines Einweisungsgesetzes für die Gemeinden, um, wenn der Hausherr innerhalb einer bestimmten Frist eine leerstehende Wohnung nicht vermietet, selbst einen Mieter bestimmen zu können.

Darüber schreibt nun die bürgerliche Presse entsetzt auf, und die industriellen Schatzmacher drohen mit den Heimwehren, die sich immer mehr als die Soldtruppen des Kapitals entlarven. Die Sozialdemokraten können allen diesen Treibern nicht Ruhe zuschauen. Sie können auch die Verhandlungen ohne Nervosität führen. Nach dem Pakt vom 19. Dezember muß, wenn keine Einigung zustande kommt, auf Verlangen der Sozialdemokraten das Volk entscheiden. Sowohl den Neuwahlen als der Volksabstimmung kann die Sozialdemokratie mit ruhigem Gewissen entgegensehen.

### Inland.

#### Ausbau der Jugendfürsorgeorganisation des Landes Böhmen.

Die böhmische Landesvertretung hat in ihrer letzten Sitzung, wie wir kurz bereits gemeldet haben, beschlossen, die soziale Kommission in der Richtung auszubauen, daß eine Unterkommission für Jugendfürsorge errichtet werden soll, in welcher die freiwillige Jugendfürsorge zur Mitarbeit herangezogen werden soll. Diese bedeutende Ausgestaltung der Organisation der Fürsorge des Landes geht auf einen Antrag unserer Genossen zurück, welcher in der sozialen Kommission von Genossin Deutsch vertreten worden war. Den Bericht im Plenum der Landesvertretung erstattete für den Landesauschuss der Genosse Grund, dessen Rede wir folgende Stelle, welche die Bedeutung des Antrages behandelt, entnehmen:

Die Fürsorgetätigkeit hat bei uns in den letzten Jahrzehnten nicht nur in den öffentlichen Körperschaften, sondern auch in den freiwilligen Organisationen eine rasche Entwicklung erfahren. Leider hat der Mangel einer Zentralstelle für das ganze Fürsorgewesen zu einer Zersplitterung geführt, welche den systematischen Ausbau desselben erschwert. Eine Zusammenfassung der in der freiwilligen Fürsorge tätigen Kräfte, die Verwertung ihrer Erfahrungen sowohl zur Feststellung der vorhandenen Fürsorgebedürfnisse als auch der zweckmäßigen Verwendung der vorhandenen Mittel, ist wie ich glaube der erste Schritt zur Pefektung des angeführten Uebelsandes. Die Mitwirkung der in der freiwilligen Fürsorge tätigen verantwortlichen Personen soll eine unentgeltliche sein, also dem Lande keine neuen Lasten bringen; sie soll der sozialen Kommission des Landes eine Uebersicht über die schon betreuten Gebiete der Fürsorge geben, soll aufzeigen, wo die privaten Mittel nicht ausreichen, also die Unterstützung durch öffentliche Mittel notwendig ist; soll durch entsprechende Maßnahmen verhindern, daß für einen Fürsorgefall in egoistischer Weise die Mittel mehrerer Organisationen oder Behörden in Anspruch genommen und andere dadurch verfürzt werden. Die Fach- und Ortskenntnis der herangezogenen Personen wird gute Dienste leisten können bei Ausgestaltung der Fürsorgeanstalten und Unternehmungen des Landes und bei Behandlung der Gesuche um Anstaltsunterbringung oder Unterstützung.

Es bedürfen aber die einzelnen Fürsorgezweige verschiedener Maßnahmen und Vorsehrungen, die die Bildung von Unterausschüssen notwendig machen. Die Jugendfürsorge wird sich beispielsweise von den Mitteln und Wegen der Erwachsenenfürsorge vielfach und grundlegend unterscheiden. Soll sie also im Rahmen der Landeskommission eine Entwicklung nehmen, die ihrer Bedeutung entspricht, so ist ein besonderer Unterausschuss für Jugendfürsorge unerlässlich.

#### Was die Kommunisten nicht abdrucken.

Die „Internationale“ fordert uns in den letzten Tagen gelegentlich auf, Urteile über den Berliner Waputisch abzudrucken. Es handelt sich meist um die Stimmen radikaler Intellektueller, die mit staunenwertem Urteilsgeliste in politischen Dingen dennoch über sie urteilen. Zuletzt will die „Internationale“, daß wir nachdrucken, was irgendwo über die Taktik der Polizei, falsche Ausbildung der Beamten d.h. gesagt wird. Es ist überflüssig, das abzudrucken, weil wir selbst von allem Anfang offen ausgesprochen haben, was wir von der Berliner Polizei denken. Im Gegensatz zu den Kommunisten sind wir der Auffassung, daß auch eine wesentlich besser ausgebildete Polizei im entscheidenden Augenblick auch wieder brutal und obenbrein verübt würde. Aber die Kommunisten wußten, was geschieht, wenn die Polizei einmal zum Schießen kommt, und sie haben trotzdem alles daran

gesetzt, die Polizei, die ihrer Vorschrift gemäß tagsüber Ruhe hielt, in der Nacht zum sinnlosen Schießen zu bringen. Die Ausrufe auf die Robeit der Polizei, beseitigt nicht die Schuld und Verantwortung der Putzschisten, die sich immer noch nicht entschließen haben, ob der 1. Mai nur Opfer der Polizei oder ob er heldenmütige Barrikadenkämpfer sah.

Vielleicht drucken aber die Kommunisten nach, was die kommunistische Stadtverordnete von Dresden, Dora Wettengel, über die SPD. und ihre Taktik erklärt:

„Ich halte die Zersplitterung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen für unbedingt vorzuziehen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Organisationen, in denen Kommunisten „arbeiten“, zu Abwehrmaßnahmen greifen.“

Ungeheuerlich, und besonders für mich als Frau unfassbar, ist die Rastlosigkeit, mit der man am 1. Mai Berliner Arbeiter aufputschte und nachträglich sehr befriedigt ist über die durch die Todesopfer geschaffene „günstige politische Situation“.

Auf parlamentarischem Gebiet kann ich mich nicht länger dazu hergeben, Anträge zu unterstützen, deren Annahme man selbst nicht wünscht. Ist es doch beispielsweise gerade in letzter Zeit vorgekommen, daß man einen Antrag nachträglich abändern wollte, weil die Gefahr bestand, daß er angenommen werden könnte!“

#### Beschlüsse des Fachplenums des Obersten Verwaltungsgerichtes in Sachen des Sprachengebrauches der Gemeinden.

CCCLXII. Eine Gemeinde, deren Geschäftssprache eine Minderheitensprache ist, hat auch unter den Voraussetzungen des § 2 des Sprachengesetzes keinen Anspruch darauf, daß amtliche Zustchriften eines Gerichtes, wenn sie an sie als Behörde gerichtet sind, auch in ihrer Geschäftssprache verfaßt sind.

(Beschluss vom 17. Dez. 1928, Zahl: 1.315 präf.) Präjudikatur: Boh. A 6.862/27.

CCCLXIII. Bei Regelung des Sprachengebrauches der Selbstverwaltungsbehörden nach § 8, Absatz 1, des Sprachengesetzes . . . . . ist die Regierung an die Vorschrift des § 55 der Verfassungsurkunde gebunden. Unter den Grenzen im Sinne des § 55 der Verfassungsurkunde ist hier auch der „Geist des Gesetzes“ zu verstehen.

(Beschluss vom 17. Dez. 1928, Zahl: 1.315 präf.) Präjudikatur: Boh. A 7.173/28.

CCCLXIV. Die staatliche Vollzugsgewalt ist auf Grund des § 8, Absatz 1, des Sprachengesetzes, berechtigt, den Selbstverwaltungsbehörden . . . . . im Geiste dieses Gesetzes über die Grenzen des § 3 des Sprachengesetzes reichende Beschränkungen aufzuerlegen.

(Beschluss vom 17. Dez. 1928, Zahl: 1.315/28 präf.) Präjudikatur: Boh. A 7.173/28.

CCCLXV. Die Bestimmung des Artikels 82, Absatz 1, zweiter Satz, der Regierungsverordnung Zg. Nr. 17/1926, nach welcher das Gebände, in dem sich das Gemeindeamt befindet, immer (auch) in tschechoslowakischer Sprache bezeichnet sein muß, ist durch die Bestimmung des 3. Absatzes des § 3 des Sprachengesetzes gedeckt.

(Beschluss vom 17. Dez. 1928, Zahl: 1.315/28 präf.)

CCCLXVI. Die Vorschrift des Artikels 72, Absatz 3, der Regierungsverordnung Zg. Nr. 17/1926, daß die Heimatadresse immer auch mit dem Texte in der Staatssprache ausgefertigt werden müssen, entspricht nicht dem Geiste des Sprachengesetzes.

(Beschluss vom 17. Dez. 1928, Zahl: 1.315/28 präf.)

CCCLXVII. Das nach Artikel 21, Absatz 2, der Sprachverordnung Zg. Nr. 17/1926, eingebrachte Gesuch hemmt nicht den Lauf der Rechtsmittelfristen in der Sache selbst.

(Beschluss vom 28. Dez. 1928, Zahl: 25.557/27.)

### Bom Rundfunk.

#### Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:  
Prag: 11.15 Schallplattenmusik. 12.30—13.30 (Sendung nach Brünn) Konzert. 18.00 Deutsche Pressenachrichten. 18.05—18.35 Deutsche Sendung: Derta Rott, Mitglied des Gabelberger Stadttheaters: Rezitationen — Klaviertrio. 19.15 Blasmusik. — Brünn: 16.45 Tonkompositionen für Klavier. 18.00 bis 18.35 Deutsche Sendung: Pressenachrichten. Gertrude O'Brien, Leo Weinert: Sieder. 19.05 Musik zum Tanz. — Pilsen: 11.30 Deutsche Pressenachrichten. 16.30 Konzert. 18.00 Böhmisches Musikanten. — Dobruška: 21.00 Symphoniekonzert. — Paris: 20.15 Konzert. — Brüssel: 20.15 Konzert. — Berlin: 19.30 „Blaubart“, Oper von Offenbach. — Königsbrunn: 18.00—18.30 Kulturelle Strömungen im Arbeiterleben. — Leipzig: 19.30 „Bom Briefmarkensammeln“. — Breslau: 18.30 Die Apotheke im öffentlichen Leben. 20.15 Fröhliches Wochenende mit Hans Reimann. — München: 18.00 Kammermusik. 19.30 Gitarrenkonzert. 20.00 Sinter Abend. — Langenberg: 18.50—19.00 Morfeusartus. 19.40—20.00 Bom Unbewußten und Verwundten. 20.00 Lustiger Abend. — Königsberg: 18.30 Hygiene und Völkerverbund. — Frankfurt: 18.40 bis 19.00 Lesestunde. 19.45—20.15 „Die Musik als Erziehungsfaktor“. 20.15 „Djamiel“, Oper von George Bizet. — Wien: 18.10 Die Musik im Pflanzleben der Völker. 18.40 Kammermusik. — Zürich: 19.50 Mandolinorchester. — Bern: 20.00 bis 20.30 Einflüsse des Sportes auf Körper und Geist. 20.30—22.00 Populärer Abend. 22.15—22.45 Konzert. — Rom: 21.00 Konzert. — Mailand: 20.30 Konzert. — Stockholm: 22.00 Alte und moderne Tonmusik. — Kopenhagen: 19.30 Konzert. — Oslo: 19.30—21.30 Isländische, finnische, norwegische, schwedische und dänische Liederabende. Gemischter Chor von 1000 Sängern. — Zagreb: 20.30 Slavische Melodramen. — Budapest: 18.00 Konzert des Opernhaus-Orchesters

#### Die Krankenbehandlung der Pensionsversicherungsrentner.

Nach § 48 des Pensionsversicherungsgesetzes haben die Rentenempfänger der Allgemeinen Pensionsanstalt Anspruch auf Krankenbehandlung. Da das Gesetz über die Krankenversicherung der Privatangestellten, das erst die obligatorische Durchführung dieser Bestimmung ermöglichen soll, erst im Stadium der Vorbereitung ist, hat die Pensionsanstalt gestern Beratungen mit den Vertretern der Krankenversicherungsanstalten eingeleitet, um im Wege eines Uebereinkommens die freiwillige Durchführung dieser sozial hochwichtigen Bestimmung noch vor dem Inkrafttreten des neuen Krankenversicherungsgesetzes zu ermöglichen. Trotz der großen Schwierigkeiten hinsichtlich materieller und der Frage der Zuständigkeit der Krankenkassen läßt sich nach einer offiziellen Mitteilung ein günstiges Ergebnis dieser Verhandlungen erwarten.

Was ist mit dem Fall Fahrner? Die Kreisversammlung der Nationalsozialisten für Böhmisches Teips hat beschlossen, den Senator Fahrner nunmehr zur Niederlegung seines Mandates zu zwingen. Das von Jung projektierte Tauschgeschäft — Mandat her oder Dienen! — scheint also nicht zustande gekommen zu sein. Ebenso scheint aber auch keine Klage Fahrners vor einem ordentlichen Gerichte die Angelegenheit beendet zu haben. Man wird sich anscheinend beiderseits mit dem Wahlgericht begnügen. Das übrige werden wir mit den Nationalsozialisten bei dem Wahlgericht besprechen, zu dem die Wähler längstens in zwei Jahren doch geladen werden!

### Vom Reichsarbeiterstag.

#### Urlaubsverwertung und Reichsarbeiterstag.

In Verbindung mit dem Reichsarbeiterstag werden viele Genossen und Genossinnen auch ihren Urlaub verbringen. Das ganze westböhmische Gebiet eignet sich ausgezeichnet zur Veranstaltung kürzerer und längerer Wanderungen. Das Erzgebirge, der Kaiserwald, das Duppauergebirge und eine ganze Reihe herrlich gelegener Städte laden zu Ausflügen und Wanderungen ein. Nachfolgend verzeichnen wir eine Anzahl von Tages- und Zweitags-Partien, die zur Grundlage der Wanderungen genommen werden mögen.

- Tagespartien.  
1. Abmarsch 6 Uhr früh. Giechhübel Forst — Hermannstein — Zwerglöcher — Giechhübel — Sauerbrunn. Rückfahrt über Neudau. Marschdauer 7 Stunden.  
2. Bahnfahrt 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof nach Widwiz. Ueber den Grassberg bei Joses — Rottershof — Liesen — Egerburg — Fürstein. Rückfahrt. Gehzeit 8 Stunden. Nur gute Fußgänger.  
3. Bahnfahrt 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof nach Krondorf-Warta. Aufstieg über den Sattelberg zum Herrgottstul. Abstieg nach Olanau und zur Ruine Schönburg bei Fürstein. Rückfahrt von Fürstein. Gehzeit 5 1/2 Stunden.  
4. Bahnfahrt nach Fürstein 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof. Ueber Reintal — Steingrün nach Kupferberg und Kupferhügel. Weiter

- über Schmiedeburg am Reilberg. Abstieg nach St. Joachimstal und von dort Rückfahrt. Gehzeit 9 Stunden. Nur gute Fußgänger.  
5. Bahnfahrt 6 Uhr 54 vom Oberen Bahnhof nach Neudau. Aufstieg am Peindlberg und Turm, dann zur Naturfreundehütte in Reuhammer. Von dort Wanderung über Bärtingen am Wehberg und Abstieg nach Merlesgrün. Zurück mit der Bahn. 6 Stunden Gehzeit.  
6. Zur Hütte in Reuhammer wie vorher. Dann Wanderung über Allerloh am Wöllking. Rückfahrt zurück nach Karlsbad.  
7. Bahnfahrt 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof nach Krondorf-Warta. Wanderung durchs Hölental und Aufstieg zur Ruine Dimmelfstein. Rummelsbachtal und Fürstein zur Ruine Schönburg. Rückfahrt von Fürstein.  
8. Bahnfahrt 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof nach Schladenwerth. Wanderung zum Pfaffengrüner Spitzberg und Roberstein — Mariaforst. Rückweg über Reindachtal und Merlesgrün. Gehzeit 7 Stunden.  
9. Bahnfahrt 5 Uhr 55 früh vom Oberen Bahnhof nach St. Joachimstal. Ueber Edellenstollen und Gottesgab am Fichtelberg. Abstieg nach Städtisch Wiental und Aufstieg am Reilberg. Rückkehr nach St. Joachimstal und von dort Bahnfahrt zurück. 8 Stunden Gehzeit.  
10. Abmarsch 6 Uhr früh zum Hans Heiling — Ziegenrückweg nach Elbogen. Besichtigung des Städtischen Museums. Zurück über Horner Berg — Stahnhof. 6 Stunden Gehzeit.  
11. Abmarsch 6 Uhr früh. Rich Forsthaus — Haher Rix — Forsthaus Haid — Hans Heiling — Wittenauerhof. Zurück über Stahnhof. Gehzeit 5 Stunden.

- 12. Abmarsch 6 Uhr früh. Wanderung über Stahnhof, Hornerberg nach Elbogen — Dreihäuser und Chrudum. — Wurdorf — Bärenmühle nach Falkenau. Rückfahrt nach Falkenau.  
13. Abmarsch 6 Uhr früh. Ueber den Karlsbader Wald nach Birkenhammer — Donawitzer Mühle — Wütdener Stein. Ueber Koblhan und Weitsberg zurück nach Karlsbad.  
14. Bahnfahrt 6 Uhr 54 nach Neuhammer. Zur Naturfreundehütte und nach Platten. Wolfs- und Eisinge. Platten Berg und zum Wehberg. Abstieg nach Merlesgrün und Bahnfahrt zurück.  
15. Abmarsch 5 Uhr früh. Engelshaus — Stiehmühlgrund — Schönau über Hobe Cgge zur Adelenlage am Döschlofberg. Zurück über Mühlhof — Rinngaben nach Giechhübel — Sauerbrunn und zurück entweder mit Omnibus oder Bahnfahrt von Neudau. Gehzeit 9 Stunden. Nur gute Fußgänger.  
2 Tages-Touren.  
1. Bahnfahrt vom Oberen Bahnhof 6 Uhr 54 nach Neudau. Wanderung zum Hochmoor am Kranichsee und Grassl. Dort Nächtigung. 2. Tag. Wanderungen zum Hohen Stein — Waltergrün — Schönbad Leibschgrund nach Falkenau und von dort Bahnfahrt zurück.  
2. Abmarsch 6 Uhr früh. Hermannstein — Hartmannsgrün — Mühlhof und Adelenlage am Döschlofberg. Burgstallberg und Duppau. Dort Nächtigung. 2. Tag: Ueber Döschau am Rottershof, Sattelberg und Herrgottstul. Rückfahrt von Krondorf nach Karlsbad.  
Auskünfte über längere Touren erteilen die Ortsgruppen Karlsbad und Komotau des Touristenvereines „Die Naturfreude“.

# Tagesneuigkeiten.

## Explosion einer Taucherglocke.

Vier Arbeiter tot, vierzehn verwundet.

Jersey City, 30. Mai. Bei Brückenbauarbeiten im Hackensack-Fluß, in der Nähe von New York explodierte gestern Abend ein Unterwasserbehälter, in dem sich dreizehn Arbeiter befanden. Zwei Arbeiter wurden durch die Gewalt der Explosion an die Oberfläche des Wassers geschleudert, außerdem konnten zwei weitere Arbeiter gerettet werden. Das Schicksal der übrigen neun ist ungewiß. Die Feuerwehr ist angestrengt tätig, um die Verunglückten zu retten.

Eine spätere Meldung besagt: Es hat sich herausgestellt, daß sich in dem unter Wasser befindlichen Arbeitsbehälter außer den vier Geretteten noch vierzehn weitere Arbeiter befanden. Von diesen wurden zehn lebend und vier tot geborgen. Die Geretteten haben sämtlich Arm- und Beinbrüche und durch den plötzlichen Luftdruckwechsel Lungenentzündung davongetragen. Sie wurden in ein Krankenhaus geschafft.

## Du sollst nicht Teppiche sammeln...

In der „Schrift“ heißt es wohl ein wenig anders, jedoch in diesem Falle handelt es sich um Teppiche — noch dazu um Perserteppiche — und so sei das Gebot ein wenig geändert. Wer das Gebot übertreten hat? Oh, es ist ein hoher Beamter der Polizei, einer, der die Lehre Christi im kleinen Finger haben muß und der sicherlich oft das Gebot den Hänubigen ins Gedächtnis gerufen hat. Doch eines Tages trat die Versuchung im Gestalt eines wunderschönen Perserteppiches an den Domherrn des Olmützer Kapitels heran. Prächtige Farben gleichen vor den Augen des frommen Herrn und trotz Döle und sonstigen Unannehmlichkeiten ergriff die Begierde Besitz von dem schwachen Fleisch und der Teppich ging in den Besitz des Verführten über. So wie aber oft erst mit dem Essen der Appetit kommt, so kam mit dem einen „Berber“ der Wunsch nach einem zweiten, einem dritten, bis die Begierde zur Leidenschaft wurde, die viel, viel Geld verschlang.

Und der Herr sah kopfschüttelnd dem Treiben seines Jüngers zu. Jedoch unser geweihter Teppichsammler bemerkte in seiner Blindheit das Kopfschütteln nicht und sammelte weiter. Wo er einen kostbaren Teppich sah, da suchte er ihn zu erwerben, denn Entsagung, das ist etwas für die andern.

Da beschloß der Herr, seinen Diener, der auf seine Bestimmung anscheinend ganz und gar vergessen hatte, mit Ruten zu züchtigen. Die Rute war in diesem Falle ein scheinbar orientalisches Teppichhändler. Mit schönen Worten und scheinbar schöner Ware näherte er sich seinem Opfer und dieses fiel ahnungslos in die Netze, erwarb manch hübsches Stück und zahlte, wie eben nur ein Olmützer Domherr zahlen kann. Er zahlte aber nicht nur für die Ware, welche vor seinen begehrenden Augen ausgebreitet lag, sondern auch für Ware, die erst herbeigeschafft werden sollte. Und das Geld wurde gegeben, der Händler nahm und kehrte nimmer wieder.

Geduld und Warten scheinen nun nicht zu den Tugenden von Hochwürden zu gehören und auch das Vertrauen auf den himmlischen Richter wird nicht besonders fest verankert sein, denn nur so ist es zu erklären, daß der irdische Kadi, (in diesem Falle die Polizei) sich jetzt mit der Angelegenheit beschäftigt. So kam es auch, daß die Deckungsliste von all dem erfuhr und wieder mal sehen kann, wie Worte und Taten bei den geweihten Dienern Gottes übereinstimmen! Ist nur zu hoffen, daß die Motten der Teppichsammlung fern bleiben; da aber auf Weihwasser (nach bisherigen Erfahrungen) doch kein Verlaß zu sein scheint, so sei dem Herrn Domherrn nahegelegt, sich mit dem Vertreter eines Insektenpulverfabrikates ins Einvernehmen zu setzen. Doch Vorsicht! beim Einkauf, damit nicht wieder 100.000 Kronen verpulvert werden! —d.

## Wer bringt bei Staatsanwälts die Kinder?

Im vorigen Jahr hatte der Stuttgarter Staatsanwalt die Prokuratur des bekannten Sexualforschers Dr. Sodann „Bringt uns wirklich der Mappertorch?“ beschlagnahmen lassen, ebenso Sodanns Buch „Geschlecht und Liebe“. Die Bücher mußten wieder freigegeben werden, der Stuttgarter Staatsanwalt aber suchte sich zu rächen. Er klagte jetzt den Genossen Felix Rechenbach, der eine Satire gegen ihn geschrieben hatte, auf Ehrenbeleidigung, weil Rechenbach ihn einen Förderer der Mappertorch-Lüge genannt hatte. Der Prozeß ist noch im Gange und man wird jetzt in Deutschland in sämtlichen Instanzen entscheiden, ob der Mappertorch die Kinder bringt oder ob das eine Lüge sei. Konnte man bisher neugierigen Kindern wenigstens sagen, der Staatsanwalt habe sie gebracht, wenn sie das Märchen vom Storch nicht mehr glauben, so wird man darin nun eine Beleidigung erblicken müssen. Weist nur noch die Frage übrig: wer bringt also den Frauen deutscher Staatsanwälte (und sie vermehren sich leider wie andere Menschen) die Kinder? An den Mappertorch glauben wir nicht, an den natürlichen Vorgang glaubt der Staatsanwalt nicht. Wer also bringt die kleinen Staatsanwälte?!

Eine ganze Familie ermordet. In der nordbulgarischen Ortschaft Semerdjiewo drangen in der Nacht bisher noch unbekannte Täter in die Wohnung des wohlhabenden Bauern Boris Welisow und töteten ihn, seine Frau und seinen vierzehnjährigen Sohn durch furchtbare Peinliche auf Kopf und Rumpf. Jede der Leichen wies mehr als zehn Schläge auf. Am gräßlichsten waren Vater und

# Wie geschah der Balingier Mord!

## Widerspruchsvolle Aussagen im Jakobowsh-Prozeß.

In der Mittwochverhandlung des Prozesses gegen Rogens und Genossen in Neustrelitz erklärte zunächst der Gerichtsvorsitzende, daß die Geschworenen den Darlegungen des ersten Verhandlungstages nur sehr schwer hätten folgen können. Er werde sich daher künftig streng an die chronologische Folge des Falles halten. Der Angeklagte Fritz Rogens soll jetzt die Vorgänge am Tag der Tat schildern. Er behauptet, Jakobowsh habe ihn aufgefordert, um sechs Uhr nachmittags an einer bestimmten Stelle, bei den abgehauenen Tannen, zu erscheinen. Belmabe hätte diese Verabredung vergessen. An der festgelegten Stelle habe er einige Minuten gewartet. Früher habe er allerdings angegeben, daß Jakobowsh selbst ihm die Leiche des Kleinen Ewald überbracht habe. In Wirklichkeit habe August die Leiche gebracht. Später habe August auch einmal erzählt, er habe dem Kind „die Lust abgedrückt“. Der Angeklagte stellt dann dar, wie er die Leiche des Knaben in das Karnickeloch hineinschob.

Anschließend ergibt sich folgende interessante Auseinandersetzung: Rechtsanwalt Dr. Müller, Verteidiger des August Rogens: „Fritz Rogens, daß Jakobowsh später zum Tode verurteilt wurde, das haben Sie doch zu verurteilen!“ — Vorsitzender: Diese Verhaltung kann ich nicht zulassen. Ich kann sie selber machen. Fritz, der Herr Verteidiger will sagen, daß Sie Ihren Bruder August um Dummheits willen nicht zu Unrecht belasten dürfen, da es ihm vielleicht den Kopf kosten kann. — Rechtsanwalt Dr. Müller: „Fritz, Sie wollen denselben Weg zurückgehen sein? Es war doch aber nach Ihrer Darstellung stockfinster und kein Mondschein. Wie konnten Sie denn da ganz genau denselben Weg gehen?“ — Fritz Rogens antwortet unverständlich. Rechtsanwalt Dr. Brandt: „Nach dem, was Ihnen August Rogens gesagt hatte, wußten Sie, daß er der Täter war. Wenn Sie aber vorher mit Jakobowsh vereinbart hatten, sich gegenseitig zu schonen, warum haben Sie ihn dann in der ersten Verhandlung so schwer belastet, daß er als der alleinige Mörder erscheinen mußte?“ — Fritz Rogens (stöhnend): „Na, weil ich ärgerlich und böse darüber war, daß er mir das versprochene Geld nicht gezahlt hatte.“ Rechtsanwalt Brandt: „Dann muß ich Ihnen, Fritz Rogens, aber vorhalten, daß nach Ihrer eigenen Angabe das Geld erst am 1. Dezember ausgezahlt werden sollte.“ — Der Angeklagte bleibt die Antwort schuldig.

August Rogens, aufgefordert, sich über die Aussagen seines Bruders auszusprechen, erklärt: „Es ist alles nicht wahr.“ Auf eine Frage des Rechtsanwalts Brandt antwortet August Rogens,

Sohn zugerichtet, deren Schädel, vollständig zertrümmert, in Stücken im Vorzimmer verstreut lagen. Da die Mörder den Besitz der Unglücklichen unangekündigt gelassen haben, so nimmt man an, daß es sich um einen Raubakt handelt. Die Behörden haben bisher keine Spur der Verbrecher finden können.

Flugzeugunglück. In Bandung auf Java stürzte bei einem Sportflug eines der teilnehmenden Flugzeuge ab. Ein Passagier wurde getötet, ein Sportflieger schwer verletzt.

Von Spezialmedikamenten zum Reklamezweck. Im „Glas Lidu“ schreibt Dr. Reel darüber u. a.: „Rege chemische Fabriken erzeugen ein großes Medikament für jede Krankheit und überschweren in den Nachkriegsjahren die Medikamentenmärkte täglich mit neuen Massen von Heilspezialitäten und man muß sich wirklich wundern, über die Leute, die das alles einnehmen sollen. Die Körbe der Ärzte füllen sich täglich mit neuen Medikamentenprospekten, mit denen die Fabriken sie überhäufen, und es erscheinen in der Ordination der Ärzte schon mehr Agenten dieser Fabriken als Privatpatienten. Die Anzahl der Spezialitäten wird heute schon auf zirkel 50.000 geschätzt und es ist wirklich kein Wunder, wenn sich selbst die Ärzte in dieser Ueberflutung von Heilmitteln nicht auskennen. Die Bevölkerung wird in der Tagespresse durch schreiende Reklamen auf die Wunderwirkung irgend eines Präparates aufmerksam gemacht und erlangen ohne Operation! Ausheilung von unheilbaren Krankheiten u. a. m. Aus der Praxis wissen wir, daß diesen schreienden Reklamen in erster Reihe die vermögenslosen — und mehr oder weniger die chronisch Erkrankten unterliegen, welche keine Auslagen scheuen, um sich diese wertlosen, durch Marktchreierei und suggestive Reklame empfohlenen Heilmittel besorgen zu können. Dank den vielseitigen Reklamezwecken werden die Spezialitäten zur Mode und die Bevölkerung verlangt von den Ärzten deren Verschreibung. Welche Ansicht hat der Arzt über diese Heilmittelspezialitäten? Bereits alle neuen und neuesten Spezialitäten enthalten alte, schon länger bekannte Heilmittel und neu ist immer nur der Name, oft sehr überspannt und vielversprechend, eine Paradedeckung tut das weitere, ergänzt durch schöne äußerliche Ausführungen. Oft unterscheiden sich diese Spezialitäten nur durch eine bedeutungslose Modifikation der Zusammensetzung. Die Bevölkerung muß endlich einmal einsehen, daß der Arzt mit gutem Gewissen eine Spezialität nicht verschreiben kann, bei der er selbst nicht weiß, was er eigentlich verschreibt, weil die Mehrzahl der Fabriken die Zusammensetzung ihrer Medikamente verschweigt... Weiter ist auch der Preis der Spezialitäten gegenüber gleichwertigen offiziellen Heilmitteln enorm hoch. Viele Präparate,

sein Bruder habe im Gefängnis gesagt, er werde ihn belassen, weil er (August) ihn geschlagen habe. Auch in der Schule habe Fritz alles auf ihn geschoben. Vom Vorsitzenden wird der Lebenslauf zur Vorlesung gebracht, den August im Gefängnis geschrieben hat. Es heißt darin, daß er sich an dem Mord beteiligt habe, weil Jakobowsh ihm einen Anzug und ein Fahrrad als Belohnung in Aussicht gestellt habe. Diese Darstellung — so sagt August Rogens — habe er verfaßt, weil der Gefängnisinspektor es gern lesen wollte. Kriminalbeamte und Untersuchungsrichter hätten ihm gesagt, er könne bei einem Geständnis auf eine milde Strafe rechnen. Nachdem er jedoch gehört habe, daß er des Mordes — und nicht nur der Beihilfe dazu — verdächtigt wurde, habe er sein Geständnis widerrufen. Der Widerruf des Widerrufs, das neue Geständnis, sei auf Zureden des Kriminalrates Genuat erfolgt.

Fritz Rogens, erneut vernommen, schildert seine Rückkehr von der Heide. Er habe bei Jakobowsh auch Gertraud Rogens und Wälder getroffen. Dabei habe er Jakobowsh durch Blinzeln verständigt, daß „alles in Ordnung“ sei. Dann habe er sich mit Jakobowsh auf die Suche nach Ewald gemacht. Später habe ihn Jakobowsh weggeschickt. Nachher sei er in die Kammer Jakobowshs gegangen, den er halb ausgezogen auf dem Bett fand und fragte, ob er sein Versprechen halten werde. Hier wüßte der Gerichtsvorsitzende ein: „Sie haben früher einmal angegeben, Sie hätten bei dieser Gelegenheit Jakobowsh gefragt, warum er denn nicht weiter suche und ob er als Vater nicht so viel für sein Kind übrig habe. Was soll das für einen Sinn gehabt haben? Sie wußten doch beide Bescheid?“ Darauf weiß Fritz Rogens keine Antwort zu geben.

Die Angeklagte Frau Käthe Rogens erzählt, wie sie nach ihrer Rückkehr von Mittwoch das ganze Haus, den Brunnen und andere Stellen nach Ewald durchsucht habe. Sie habe auch beim Fenster von Jakobowsh geklopft und gefragt: „Josef, wo ist Ewald?“ Jakobowsh erwiderte: „Ich weiß nicht.“ Die Angeklagte gibt zu weggerückt zu sein, um den Mord zu ermöglichen. Die Suchaktion habe sie mitgemacht, weil sie immer noch gehofft habe, daß Ewald noch am Leben sei. Hierauf wird der Angeklagte Wälder gefragt, wann Jakobowsh am Abend auf seine Hofstelle gekommen sei. Dabei ergibt sich im Vergleich zu seinen früheren Aussagen eine bedeutende zeitliche Differenz.

Dann wurde die Aussage Jakobowshs vor dem Untersuchungsrichter zitiert, in der er bestrittet, an dem Mord irgendwie beteiligt zu sein.

hauptsächlich die stärkenden, enthalten Eisen und Phosphor, gehen durch den Körper nicht gänzlich ausgenützt, so daß ihre Wirkung höchstens eine suggestive sein kann...

Ungewöhnlich hohe Grippesterblichkeit in England. Die Grippeepidemie, die England Anfangs dieses Jahres betroffen hat, hatte zur Folge, daß die Zahl der Todesfälle im ersten Viertel des Jahres 1929 die höchste in diesem Zeitabschnitt seit Beginn des Jahrhunderts erreichte Zahl darstellt. Die Sterblichkeitsziffer betrug 204.293. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren 67.978 Todesfälle zu verzeichnen.

Eine eifrigste Kanalschwimmerin. Ein „Massenangriff“ auf den Kanal wird für diesen Sommer von mehreren berühmten Schwimmern und Schwimmerinnen vorbereitet, die alle den Goldpokal erringen wollen, der dem bestimmt ist, der als erster von England nach Frankreich schwimmt. Darunter befindet sich auch ein eifrigste Mädchen namens Joan Branton.

Das Testament als Rächer. Unter dem im britischen Amtsblatt jüngst veröffentlichten Testament befindet sich auch die leihwillige Verfügung eines Londoners, die bestimmt: „Ich hinterlasse meiner Frau tag- und steuerfrei — ein paar meiner Hosen als Sinnbild seiner Hosen, die sie zu meinen Lebzeiten so gerne tragen wollte, aber nicht tragen durfte.“ Ueber den Rest seines Vermögens verfügte er zugunsten eines Sohnes und zweier Schwestern. Diese Testamente rachsüchtiger Erblasser sind in England durchaus keine Seltenheiten. So verfügte erst kürzlich wieder eine Frau, daß ihre Verwandten nur „einen Zaß Zaub“ erhalten sollen, um sich damit gegenseitig abzureiben“. Ein Mann bestimmte ferner, nachdem er sich bitter über die Schimpfworte beklagt hatte, die ihm seine Frau an den Kopf zu werfen pflegte: „Ich hinterlasse meiner Frau den Betrag eines Harting (der vierte Teil eines Penny), der ihr in einem unfrankierten Briefumschlag überhandt werden soll.“ Das bedeutete für die „lachende“ Erbin die Zahlung von insgesamt 10 d für das nicht bezahlte Porto und die nach dem Postgesetz verwirkte Strafe wegen Ueberhandung einer Geldmünze in einem gewöhnlichen Briefumschlag.

Gestohlene Habburgerdiamanten in Afrika. Die Habas aus Arrakalesch meldet, ist der 1927 in Wien entworfene Schatz der Habburger, bestehend aus einem mit Diamanten und Perlen besetzten Diadem und einem mehrere schwarze Perlen enthaltenden Halsband von einem Italiener, der offenbar einer internationalen Diebsbande angehört, einem Händler in Saffi zum Kauf angeboten worden. Dieser benachrichtigte die Polizei, die den Italiener festnahm. Die Schmuckstücke, deren Wert auf neun Millionen Franken geschätzt wird, wurden beschlagnahmt. Der Beschaffete will nur Mittelmann gewesen sein.

Weitere Betrügereien der Komtesse Monro. Die Juwelendiebstahlaffäre der Komtesse Monro ist laut „Kölnischer Zeitung“ in ein neues Stadium getreten. Die Komtesse habe nicht nur die Schmuckaffäre gestohlen, sondern auch schon vorher den Schmuck der Gräfin Bernersberg entwendet. Ferner wird behauptet, daß sie eine Fesseln des Fürsten Hans zu Hohenlohe gefälscht und sogar die Dienerschaft der Gräfin Bernersberg bestohlen habe. Die Angelegenheit wird nicht vor den Schnellrichter kommen, sondern der ordentlichen Gerichtsbarkeit zugeleitet werden.

Sprengstoff-Attentat. In Hohenwestel im Kreise Rendsburg wurde in der Nacht auf Donnerstag ein neuer Bombenanschlag verübt, der an das feinerzeitige Attentat auf das Landratsamt in Hebe erinnert. Von unbekanntem Täter wurde eine Sprengstoffladung durch ein zertrümmeres Fenster in die Autogarage beim Hause des Schulrates Lemperth geworfen. Das Garagedach wurde zum Teil abgedeckt und ein Auto schwer beschädigt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ist bereits in Hohenwestel eingetroffen.

Im Eisenbahnwagen verbrannt. In dem Waggon eines auf der Strecke Rißni-Kowgorod-Bensa verkehrenden Personenzuges brach infolge der Entzündung ölhaltiger Stoffe in dem Gepäck eines Fahrgastes ein Brand aus. Ein Fahrgast verbrannte, ein anderer trug schwere Brandwunden davon. Das gesamte Gepäck wurde vernichtet.

Schulkind und Lehrer ertrunken. In dem niederländischen Ort Papendrecht war der Hauptlehrer mit etwa 30 Kindern seiner Klasse zum Baden an den Merwedebusj gegangen. Dabei versank ein zehnjähriges Mädchen in einem Strudel. Der Lehrer sprang in das Wasser, vermochte aber das Kind nicht mehr zu retten, sondern wurde selbst mit in die Fluten gezogen. Beide konnten nur noch als Leichen aus dem Wasser gezogen werden. Der Lehrer hatte die Kinder ohne amtliche Genehmigung an dieser Stelle baden lassen.

Klage um eine Radiophotographie. In einem Photographenatelier in Frankfurt a. Main war eine Tänzerin verschiedentlich fotografiert worden. Unter den Bildern befanden sich auch Radiophotographien, die für ihren Privatbedarf bestimmt waren. Ein norddeutscher Verlag erwarb das Atelier später, ihm einige Radiophotographien zu überlassen. Eine der Aufnahmen der Tänzerin wurde von dem Verlag für ein Buch von Luhr „Der nackte Tanz“ verwertet. Auf den Protest der Künstlerin hin, deren Name in dem Buch veröffentlicht worden war, zahlte der Verlag 300 Mark Buße und entfernte das Bild aus den noch vorhandenen Exemplaren. Die Atelierinhaber wurden jetzt zu 100 Mark Geldstrafe, 500 Mark Buße und Herausgabe der Bilder und Platten verurteilt.

Ein Haus — höher als der Eiffelturm. Die Pläne für die Erbauung des höchsten Hauses der Welt sind nunmehr fertiggestellt. Dieses gigantische Bauwerk, das den Namen Crane Tower führen soll, wird in Chicago errichtet werden, das seit Jahren einen erbitterten Kampf mit New York in der Erbauung von Wolkenkratzern führt. Das Bauwerk soll 306 Meter hoch, also höher als der Eiffelturm, werden und 75 Stockwerke haben. Seine Kosten werden auf 26 Millionen Dollar veranschlagt. Selbstverständlich ist mit dem Wolkenkratzer eine Garage verbunden, die nicht weniger als 1000 Kraftwagen fassen soll. Der Wolkenkratzer bekommt seine besondere Pracht und einen ungeheuren Konferenzsaal. Allein für die zahlreichen Angestellten, die für die Bedienung der verschiedenen Daueranlagen des Wolkenkratzers vorgesehen sind, werden 150 Zimmer bereitgestellt.

Türkische Amnestie. Aus dem Gefängnis in Stambul wurden aus Anlaß der Amnestie 700 Verbrecher entlassen. Sie veranstalteten eine Kundgebung, in der die neue Türkei und Kemal Pascha gefeiert wurden. Unter den Freigelassenen befindet sich auch der wegen 90 Einbrüchen zu 60 Jahren Kerker verurteilte Kadi.

Liebe und Politik in der Türkei. Aus der mit großer Umständlichkeit und Geheimnistuerei geführten Untersuchung über das Mordkomplott gegen Mustafa Kemal Pascha sind trotz der anglistischen Bemühungen der Staatsanwaltschaft einige pikante Details an die Öffentlichkeit gelangt. Die Heldin der Verschwörung, eine ebenso hübsche wie elegante abenteuerliche Dame, Kadri Hanum, soll in zärtlichen Beziehungen zum Wasi gestanden haben, während die Verschwörung selbst durch geheimnisvolle Persönlichkeiten von London her dirigiert worden ist. Falls es zu einer öffentlichen Verhandlung des Prozesses kommen sollte, sind interessante Einzelheiten über das Zusammenspiel von Liebe und hoher Politik in der modernen Türkei zu erwarten.

Mehr Abgeordnete als Wähler. In dem kleinen Örtchen Canteloux in der Normandie leben zwar ungefähr 500 Männer, die sich aber zur Zeit auf dem Fischfang befinden. Zu dem am Sonntag überall in Frankreich stattgefundenen Gemeinderatswahlen waren in Canteloux zehn Abgeordnete zu wählen, es waren aber nur neun Wähler da. Einer, ein 14jähriger Greis, hatte es abgelehnt, in den Gemeinderat zu ziehen, so daß man sich zwei Kandidaten aus der benachbarten Gemeinde zu Hilfe nehmen mußte.

Raube arme kein Rüdigungsgrund! In Rdlm wurde eine Büroangestellte fristlos entlassen, weil sie mit nackten Armen im Büro erschienen war. Vor dem Arbeitsgericht klagte sie auf Zahlung von Rüdigungsschädigung. Den „unanständigen“ Klebauschnitt motivierte sie mit ihrem geringen Verdienst, der ihr Sparsamkeit im Stoff nahelegte. Der Gerichtsvorsitzende stellte fest, daß die nackte Arme die fristlose Entlassung nicht rechtfertigten. Der Klägerin wurde eine Rüdigungsschädigung zugesprochen.

### Rampf gegen die Greuel und Blinfektion

Die Vereinigung der Tierfreunde veranstaltet wie im Vorjahre auch heuer einen Tierkutschtag. In einem Flugblatt kämpft die Vereinigung der Tierfreunde namentlich gegen die entsetzlichen Greuel der Blinfektion, die hinter verschlossenen Türen, ohne daß die Öffentlichkeit davon ahnt, die furchtbarsten Blüten treibt.

In der Flugchrift sind einige der Tierversuche angeführt: „Grausamkeit der Menschen gegen das Tier“ Vortrag, gehalten von Dr. med. H. C. A. Kard, Hannover im Auditorium Maximum der Universität Göttingen:

Dr. med. Caster, Klinische Versuche 1925: 1. Experiment: Großer Wachhund in Bauchlage auf Revolverstisch geschickt. Mit einer großen leeren Steinflasche verfehle ich zwölf heftige Schläge auf die äußeren und hinteren Flächen der Schenkel. Mein Arm sauste in vollem Schwunge auf die beschnittene Stelle nieder. Durch seine heftigen Schreie verrät das Tier, daß die Quetschung hart ist und eindringlich empfinden wird.

Dr. med. Caster, Klinische Versuche 1925: 2. Experiment: Einem Schäferhunde werden die Schultern ausgerenkt. Zwei Tage später bringe ich ihn wieder auf den Versuchstisch, und ohne ihn zu betäuben, verrenke ich ihm beide Schultern fünf- oder sechsmal. Das Tier schreit Schmerzensschreie aus. Ich lasse es dann 20 Minuten mit verrenkten Schultern liegen, indem ich die Ellenbogen über seinem Rücken zusammenbinde.

Prof. Magen die nagelte einen nicht betäubten Wachtelhund mit den vier Pfoten und seinen langen Ohren auf den Tisch, durchschnitt die Augennerven, sägte den Schädel auf, erschnitt das Rückgrat und legte Nervenbündel bloß. Das Tier wurde zu Versuchen bis zum nächsten Tage aufgehoben.

Claude Bernard erfindet einen Ofen, um den langsamen Tod durch glühende Hitze zu studieren. Wenn der Kopf des Tieres sich außerhalb des Ofens befand, lebte es manchmal bis zum nächsten Tage bei 80 Grad Hitze.

Prof. Hfse knete einen Wachhund, indem er ihm eine Schnur durch die Nase zog und sie an den Tisch band. Er schnitt dem unbewußten Tiere Brust und Bauch auf.

Prof. Schiff und Cabaret rösteten und erstickten langsam und gewaltsam unzählige Hunde.

Prof. Boullaud durchbohrte an zwei Stellen die Stirn eines Hundes und führte ein rotglühendes Eisen in das Gehirn. Das Tier schrie und heulte sechs Tage lang ohne Unterbrechung, obgleich es durch Schläge „beruhigt“ werden sollte.

Bericht eines Professors in der Zeitschrift „Die Woche“, Berlin, Heft 26, 1926: „So starben Hunde, wenn man sie am Schlafen hinderte, nach fünf Tagen, einige hielten es länger aus, bis zu 22 Tagen.“

Wer zweifelt noch, daß diese Denkersknechte von „Gelehrten“ humane Ärzte ergötzen?!

Die Beerbidigung des Genossen Fritz Bolach aus Brünn findet Freitag, den 31. Mai, viertel drei Uhr nachmittags am hies. Friedhofe in Strokhühn statt.

## Die Mundpflege mit Odol

Ist geradezu eine Wohltat. Die Fäulnisvorgänge im Munde, die die Zähne nach und nach zerstören, werden sicher gehemmt, und nach jeder Odol-Spülung verbreitet sich über den ganzen Mund eine erquickende Frische. Wenn Sie die Zähne noch mit Odol-Zahnpasta bürsten, erhalten Sie sich die Zähne weiß und glänzend.



## Wien auf der deutschen Ausstellung „Gas und Wasser.“

Unter den Städten, die auf der Generalschau des Gas- und Wasserfaches in Berlin ihre Verwaltungseinrichtungen auf diesem Gebiete zeigen, gehört Wien mit an erste Stelle. In der Halle I, wo in enger Verbindung mit dem blumengeschmückten Ehrenhof auf einer Fläche von etwa 1000 qm das größte, jemals hergestellte Modell eines neuzeitlichen Gaswerkes aufgestellt ist, befindet sich gleich beim Eingang die wirksam aufgemachte Kasse der Stadt Wien.

Die Eintretenden erblicken drastische Tafeln, die zeigen, warum Gasverwendung notwendig ist, Diagramme, Modelle, Schutzmaßnahmen und Angaben über Arbeiterfürsorge. Zwei dicke Alben in rotem Leder gebunden enthalten prächtige Aufnahmen von der Gasindustrie in Wien. Eine interessante Tabelle zeigt, daß die Kosten der Lebenshaltung für eine 4köpfige Familie monatlich auf 270 Schilling errechnen wurden. In 7000 mit Mietgasanlagen eingerichteten Wohnungen betrug der durchschnittliche Gasverbrauch zum Kochen, Bügeln und Warmwasserbereitung je 30 Kubikmeter pro Monat. Wird täglich in einem Haushalt getrunken, so belaufen sich die notwendigen Kosten allein hierfür mehr als doppelt so viel als für das Gas. Also sind die Gaskosten relativ gering.

Wien ist hinsichtlich seiner Brennstoffversorgung nahezu restlos auf den Bezug ausländischer Kohle angewiesen. Es wirkt sich der Kohlenbedarf in der Handelsbilanz als eine empfindliche Belastung aus. Die Bestrebungen der Stadt Wien gehen nun dahin, die Gasverwendung planmäßig zu fördern. Es ist selbstverständlich, daß die gesamten städt. Neubauten mit Gasgeräten versehen werden. Großartig ist aber auch das Projekt, rund 200.000 alte Wohnungen mit Gas zu versorgen. 1920 begannen die Wiener Werke ihren Werksbetrieb mit den Stichworten: „Koch, bade, bügeln nur mit Gas!“ Die Zahl der Gasfontamenten stieg in der Zeit von 1919—1927 von 239.000 auf 450.000. Die Zunahme gegenüber 1924 beträgt 210.000 Fontamenten. Nach den hier ersichtlichen Zahlentafeln kann man eine Verdoppelung der Zahl der Wohnungen, in denen Gas für hauswirtschaftliche Zwecke verwendet wird, feststellen.

Besonders beachtenswert sind die Ziffern über die sprunghafte Steigerung der Gasverwendung in Großküchen und Gast- und Kaffeehäusern. Die praktischen Vorteile der Gas-

verwendung gegenüber der Verfeuerung fester Brennstoffe; Reinlichkeit des Betriebes, rasche Anpassung an wechselnde Bedürfnisse und stete Betriebsbereitschaft, kommen in dieser Gewerbegruppe besonders wirksam zur Geltung, ein Umstand, dem die rasche Entwicklung zuzuschreiben ist. Die Zahl der gasverbrauchenden Betriebe stieg daher bereits auf 2654. Im Jahre 1927 wurden für hauswirtschaftliche Zwecke 198 Millionen Kubikmeter Gas und für technische Heizzwecke in gewerblichen Betrieben 53 Millionen Kubikmeter abgegeben. Die angeführten Gasmengen ergeben rund 1.1 Millionen Tonnen Kohle, die aus dem Auslande eingeführt werden mußten, wenn die mit Gas bewirkte Wärme erzielt werden müßte. Durch die Verdrängung der Kohle als unmittelbare Verbrennung von Brennstoff in den Haushalten und in den gewerblichen Betrieben durch Gas verringert sich, bezogen auf die im Jahre 1927 gegebenen Verhältnisse, die andernfalls einzuführende Kohlenmenge um 850.000 Tonnen. Diese Ziffern wirken derartig, daß die Ausstellungsbesucher mit Interesse auch die übrigen Tabellen studieren. Hier ist noch eine: Im Jahre 1900 wurde in den Wiener Haushalten vorwiegend Kohle verwendet und zwar rund 21 Millionen Meterzentner mit einer Aufzählung von 1 Million Meterzentnern. Da nun die Bevölkerung Wiens immer mehr zur Gasverwendung überging, wurden 1926 nur 11 Millionen Meterzentner Kohle verfeuert, sodas eine Aufzählung von ungefähr 467.000 Meterzentnern in Betracht kommt. Und dann sieht man ein Bild der Stadt Wien in der größten Sauberkeit, Gärten und Anlagen dazwischen, mit der Ueberschrift: „So wollen wir leben, in den Küchen nur noch Gas.“

Man kann ruhig behaupten, daß das Gas in Wien erst im letzten Jahrzehnt den breiten Massen zugänglich gemacht wurde.

Die Wiener Wasserversorgung wird durch Dioramen, Modelle, Pläne und statistische Darstellungen sowie Lichtbilder vor Augen geführt. Die Stadt Wien wird durch zwei Hochquellenleitungen mit frischem Quellwasser versorgt, dessen vorzügliche Beschaffenheit weltberühmt ist. Die erste wurde im Jahre 1873 eröffnet und führt das Wasser aus dem zu niederösterreichischen Alpen gehörigen Gebiet des Hochschneeberges und der Kaxalpe der Stadt zu. Die zweite wurde im Jahre 1910 eröff-

net und bringt das Wasser aus dem in den steirischen Alpen gelegenen Hochgebirgsmassiv der Hochschneeberggruppe. Zur Verteilung der hierdurch gelieferten gewaltigen Wassermengen in Wien bestehen 20 riesenhafte Behälter und Hebewerke. Außerdem bezieht die Stadt Wien große Mengen von Kugwasser aus der sogenannten Bientalwasserleitung. Für diesen Wasserbezug besteht ein eigener Wasserbehälter, der einen der Wassermenge entsprechenden großen Fassungsraum hat. Der Betrieb wird von der Gemeindeverwaltung in eigener Regie ohne Gewinnabsicht geführt. Für Trink- und Haushaltungszwecke werden für jeden Bewohner der Stadt täglich 35 Liter Hochquellenwasser vollkommen gebührenfrei abgegeben, ferner wird für Approximationsbetriebe, Verkehrsunternehmungen, Großbetriebe sowie für gemeinnützige Zwecke, Anstalten und Unternehmungen, Wasser gegen eine ermäßigte Gebühr geliefert. In bezug der Badeanstalten steht das 4.5 Millionen zählende Berlin weit hinter Wien. Im Jahre 1928 waren in Wien 54 städtische Badeanstalten in Betrieb. Allein die Badeanlagen in den Neubauten Wiens weisen 1928 eine Besucherszahl von 562.593 Personen auf. Modelle über Kinderbäder, des Amalienbades u.s.w. erregen die Aufmerksamkeit aller Besucher dieser Riesenschau.

### Margismus gegen Butschismus.

Zur Rechtfertigung der bolschewistischen Verbrecheraktion muß allerdings herhalten. Auch im historischen Vergleichen sind die Herren nicht schüchtern. Die Wirrköpfe in der RPD sind imstande, das Verbot der Neuen Rheinischen Zeitung im Jahre 1849 mit dem Verbot ihrer Raketensätze vom Valentinsfest in eine Reihe zu stellen; sie haben ja nie die Neue Rheinische Zeitung gesehen, sind überhaupt unbekannt mit dem Sachverhalte. Zu ihrer Belehrung sei abgedruckt, was in der Abschiedsnummer der Neuen Rheinischen Zeitung gleich hinter dem Freilichtathleten Gedicht zu lesen ist:

„Wir warnen Euch schließlich vor jedem Butsch in Wien. Euch der militärischen Lage Wien wäre Ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Eiferfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher auf niederknietende vertritt. Der Belagerungsstand in Wien würde die ganze Rheinprovinz demoralisieren und der Belagerungsstand wäre die notwendige Folge jeder Erhebung von Eurer Seite in diesem Augenblicke. Die Preußen werden an Eurer Ruhe verzweifeln.“

So war die Warnung vor dem Butsch das letzte Wort der Neuen Rheinischen Zeitung, die Arbeiter von Butsch zurückzuhalten, das Vermögen von Karl Marx. Wie viel mehr würde Karl Marx den Butschismus der RPD verdammen, da doch jetzt dem Proletariat legale Mittel zur Verfügung stehen, um in organisierter Weise den Kampf zu führen. Butschismus ist die Taktik von Narren und Verbrechern!

### Arbeiterfürsorge.

Denkt an die Vermissten! Spendet und sammelt für die Arbeiterfürsorge.

## Der Indianerkopf.

Eine phantastische Geschichte.

Anastasius Ebenblatt, feines Zeichens orientlicher, öffentlicher Professor für Archäologie und amerikanische Kulturgeschichte an der hiesigen Universität hatte heute einen freien Nachmittag. So ging er in einer belebten Straße für sich hin und hatte allerlei Gedanken, die nicht viel Besondere machten und doch durchaus in den Rahmen seiner akademischen Professorenanschauung paßten. Manchmal blieb er zwar vor einem glänzenden Schuhladen oder einem raffinierten Delikatessengeschäft stehen, manchmal blidte er auch auf ein vorbeifahrendes Auto oder einen rasenden Hochbahnzug, aber sein Herz war ferne von all diesen Dingen. Es machte ihn nervös, wenn der Zeitungsmann an der Ecke seine Zeitung laut auslas, wenn die elektrische Klingelleute einen ein Lastauto den Boden erschütterte. „Mein Gott, diese Städer von heute, haben ja in ihrer brutalen Selbstsucht und nüchternen Begierde, alles in Besitz zu nehmen, jeden Sinn für die Romangefühle verloren, da sind meine Wilden doch bessere Menschen, die noch ihren wunderbaren poetischen Instinkten leben können. Ach man steht mitten im „Leben“ und ist dem Leben doch so fern!“, so dachte der Professor und fragte sich wehmütig gedankenvoll an seinem struppigen Kinn.

Professor Anastasius war unzufrieden, ihm genügte die Romantik der Großstadt nicht, er war für sie schon zu verwöhnt und da er heute gerade eine solche Lust an märchenhafte Erlebnisse hatte wie zu den unumgänglichsten Zeiten auf grünen Salat oder Walderdbeeren, ging er ins Museum für Völkerkunde. Das war für ihn der richtige Platz, da konnte man sich an den „primordialen Werken der Altvordern“ begeistern. Konnte denn dieser Wau mit seinen Zimmerfuchsen, mit keinen zahllosen Ananeinderreichungen stereotyp lächelnder Buddhafiguren, mit seinen vielen grinsenden Atelesäulen wirklich überhaupt romantisch sein? O, der Professor hätte den mit Vernichtung gestraft, der es gewagt hätte eine solche Ansicht laut zu äußern! Für ihn war das eben Romantik. Er stand vor den Vitrinen aus der Kopfiägerzone Südamerikas und schüttelte sich vor Wollustseufzern. O, es war ganz wunderbar, diese Erzeugnisse einer alten erschwandenen

Kultur gerade mit den Augen auszutrinken. Diese Schädeln, diese Urnen, diese Köpfe getöterter Feinde an gedulbigen Fäden hängend, diese giftigen Pfeile oft mit kleinen Kolibrifedern glänzend gemacht, diese religiösen Masken! — Eigenblatt war trunken. Nein, hier störte keine mitstöhnende Autohupe, keine kreischende elektrische die Stille einer Urwaldpoesie, hier verunzierte kein wüthendes Geschrei eines Straßenbändlers, keine läßliche Nordgeschichte, ob durch Politik oder Eifersucht oder unreife Jugend verursacht keine technische Geschmacklosigkeit die Zivilisation dieses Ausgeglichenheit. Der Professor genoh ungestört; aber da — da auf einmal — sah er recht? Er schüttelte den mit einem goldenen Pinzengestützten Gelehrtenkopf, er sah nicht mehr in die Vitrine, sondern durch sie hindurch in ein merkwürdiges Gewirr von Geräuschen, brasilianischen Farnen und Lianen, lauter Dingen, die in dieses Museum gar nicht hineingehörten, auch nicht da gestanden waren, sondern in irgendeinem abgegangenen, faulig riechenden, bleifarbenen Zumpfwasser in Südamerika stehen konnten. Der Professor merkte nicht, daß sich sein Gesicht mit dem der Vitrine spiegelte und durch Zufall mit dem Blickbild einer abgeschnittenen Kopftrophäe zusammenschloß, das wirkte, als wäre der Wildenkopf lebendig geworden — richtig, er wars ja auch wirklich. Die jugendlichen Augenlider waren plötzlich aufgerissen und die runden, rollenden Ainderaugen des Indio schienen auf denselben Punkt zu starren wie die des Professors. Auf was starrte er denn so eingenommen, was konnte das sein? Zum Donnerwetter, das konnte er ja, der Herr Professor Ebenblatt, eine Schande, daß er daran zweifeln konnte; es war eine herrliche, blühende, von Urwaldschatten behütete Orchidee — ach, eine ganz seltene Art, die Ebenblatt noch von seiner Studienreise aus Südamerika her kannte. Wie konnte sie hier im Museum blühen — ach, Lustig, er war gar nicht im Museum, die Blume stand ja echt und zart und softig am Rande des Waldes. Dem Professor aber war es doch neu und interessant, daß der Eingeborene die Blume ebenso schätzte wie er, der sachgebildete Mann! Wie kullerten die Augen des Wilden vor Freude, wie funkelten sie, bligten sie, wie griffen seine dunklen Finger nach der Blume. Da — ein Schrei — kurz — spit — wars ein Vogel? Nein, einsechlich, der Wilde hat ihn ausgestoßen, mit einem blutroten Pfeil in der Brust sank er kopf-

über nach vorne und drückte mit der Schwere des stinkenden Körpers den Pfeil vollends in den Leib. Die Hände blieben im Gesicht hängen und griffen schelbar spielerisch nach den Blättern — im Todeskampf, dann erstarrten sie. Kurz darauf erschien ein weiteres grellbemaltes Bildengesicht mit wüthig wallendem Saarschopfe, grüne, quirlte Töne des Triumphes, trat der Leiche des Gefallenen, nachdem er ihn umgewälzt hatte, auf den Bauch und trennte ihm mit einem scharfen und energischen Schnitt den Kopf vom Leib; dann freute er sich kindlich, tanzte mit Triumphgeheul umher und es sah aus, als ob der Kopf in seinen Händen der Spielball eines Kindes sei. Dem Professor schwamm es vor den Augen, als er den Wilden sah mit seiner Jagdtrophäe niedersehen und über sie gebeugt, wie ein Schuhmacher über seine Ware an ihr herumstasteln sah; er konnte nicht umhin, den Wilden anzusprechen: „Na Sie, was machen sie denn da für Lusten?“ Eigentlich wollte er sich dem Spule befreien und fragen: „Wo hält beim Museum eine Omnibuslinie nach dem Westen, denn durch eine solche Frage hätte er sich zweifellos in die Wirklichkeit zurückversetzt, aber als er sah, daß der Wilde dem Kopf die ganze Haut absoh, wurde er so schwach, daß er an die Frage vergaß. Der Wilde bestetzte das blutige Fell an dem der Professor noch jedes Stirnüberchen erkannte, an seinen Gurt, gab dem enthäuteten Schädel des Opfers einen Tritt, daß er ins Zumpfwasser kollerte und winkte dem Professor gebieterisch, mitzukommen. In einem Kanoe ging durch bleiernes Wasser bis zu einem Rohrtraaf, der Behausung der Wilden. Der Professor fand sich in all dem nicht mehr zurecht, die Gefühle dieser Wilden waren ihm doch fremder, als er glaubte. Laut schreiend kam ein Indianerweib herbei und beschuatterte scheinbar interessiert in einem fremden Idiom die Beute am Gurt des Indios. Dieser aber nahm höhnisch grinsend das Ding, stülpte es in seine alte Form zurück und schwang es triumphierend an den langen Haaren. Die Frau stieß zwei gellende Schreie aus, so laut, daß dem Professor der Puls stehen blieb, dann war sie ganz still — der Indio aber begann wie ein Toller zu tanzen und zu heulen. Der Professor war ratlos, aber plötzlich — als hätte jemand auf einen elektrischen Knopf gedrückt, sah er ein anderes Bild des Ganzen. Diesmal sah der gemordete Wilde bei der Frau und brachte ihr mit beiden Händen die

blühende Blume; sie lachte auf und fuhr ihm mit beiden Händen ins Haar und dann begann zwischen ihnen ein wilder, süßlicher Rausch und vom glücklichen Gelächter der beiden zitterte die Hütte, daß die Rohrstäbe leise vibrierten...

Dann aber war's Ebenblatt wieder, als hielt er selbst in den Händen Bogen und Pfeile, trüge Federn auf dem Kopfe, kurz, als wäre er der betrogene Liebhaber dieser Frau. Schwarz und wild und heiß wie ein Chello des Theaters sah er das Glück der beiden durch eine Spalte der Rohrstütze; wenn sie lachten, schnitt es wie Bogenschützen ins Knie und wenn sie flüsternten, dann noch es ihn in den Augen, in der Brust und jetzt — jetzt schrie sie — da wußte er nicht wie — er spannte die Bogensehne, er legte den Pfeil mit dem roten Kolibriflaum zwischen die Finger und — er schoß den Pfeil durch die Rohrspalte, der andere stürzte... um Gottes Willen, was hatte er getan! — Dasfelde in seiner Blut, was er vorher beim Indio nicht verstanden hatte, denn der Schütze war der betrogene Gatte. Und der zarte Professor Ebenblatt, der nur von Joghurt und Semmeln lebte, hätte auch dem Kopf des erlegten Feindes gerne ein Gleiches getan, wie der Wilde; der Professor war über seine eigene Mentalität entsetzt, dazu wandte sich der Indio mit einem überlegenen Grinsen ihm zu, nörgelte ihn in ein Kanoe und als wäre es eine Kleinigkeit, ruderte er ihn auf diesem geheimnisvollen Flußlauf bis auf die Strahe vor dem Museum — und in den Verkehr hinein, vor dem der Professor vor einer Zeit in das Museum geflohen war — und wie der Professor sah, daß der Wilde die Verkehrsvoorschriften beachtete, fiel es ihm endlich ein, daß er träumte, daß der Wilde gar kein Wilder, sondern ein Chauffeur, das Kanoe ein Autotaxi war und daß die ganze eifersüchtige Geschichte in seiner Phantasie vor sich gegangen war, also ebenso gut wie dem Wilden, dem Professor selbst oder dem Zeitungsvorläufer an der Ecke hätte passieren können. Verzweifelt mußte der Professor einsehen, dem brutalen Leben nirgends, auch nicht zu den poetischen Urwaldesamkeiten entziehen zu können und er stellte fest, daß es wirklich ganz gleich war, sich mit einem Zeitungsvorläufer oder einem Indio zu beschäftigen. Er machte dann auch eine Konzeption an das brutale Leben, heiratete und sehte gesunde Kinder in die Welt.

Gerhard Jarber.

# Kunst und Wissen.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Freitag (188-1), 7 1/2 Uhr: „Dreigroschenoper“. Samstag, 7 Uhr (Pausenbeginn I und II): „Verbrecher“. Sonntag (189-1), 7 1/2 Uhr: „Krautwurz“. Montag (190-2), 7 Uhr: „Friederike“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Freitag: „Berlenkomodie“. Samstag: „Bonnie“.

## Literatur.

**„Der Aufruhr des jüdischen Galim.“** Ein Roman von Gerhart Hauptmann. Berlin: Fischer-Verlag. 1928. 2 Bände. Preis M. 4.—, geb. M. 5.80.— Es war in Anhalt-Bernburg und gerade der 18. März 1848. Am Versammlungstisch der „Freiwilligen“ in Bernburg stand „Der Aufruhr“ auf dem Programm und Arnold Wagner, Kapellmeister in feingliedrigem jüdischen Diensten, sollte dirigieren, aber eine Stunde vor der angeordneten Stunde lag er noch verhaftet auf der Wache. Er war von Dresden im Reisewagen gekommen — ohne Paß, hatte ihn dort irgendwo verloren und da Dresden — „Ausland“ war, wurde er von der Stadtwache verhaftet. Mit Geld und guten Worten gelang es ihm, dem Hofmarschall Angelsen von seinem Schicksal Mitteilung zu machen. Er wird freigelassen, noch zu einer Zeit, daß er zwei Minuten nach seiner Ankunft im Theater am Park erscheinen und den Lokalist erheben kann. Ohne Probe. So beginnt der Roman und in wenigen Zeilen prägnant gezeichnet erhält man das Bild des damaligen Deutschland, wie es unter den Banner und der Tyrannen der es beherrschenden Fürsten größerer und kleineren Normalen in Anhalt schmachte. Auch in Anhalt-Bernburg, das einen schmachvollen Dreyer-Fürsten zum Landesvater hatte, kam es unter dem „jüdischen Galim“, einem jüdischen Vohrber, zu „Revolution“. Die aber recht gabn verlor und über einen Zustand nicht hinausreichend, es ist mehr dumpfe Verzweiflung als bewußte Empörung, die ein klar erkennbares Ziel anstrebt, welche zu diesem Ausbruch des Volkswillens führt. Die Hauptfigur, eben dieser „jüdische Galim“, die Beronen am Hofe und alle in der Handlung auftretenden Nebenfiguren, sind prägnant gezeichnet, die Darstellung der Begebenheiten abwechselnd anschaulich, feinsinnig und packend. Ergreifend tritt allem das Ende, der Tod des Aufruhrers. Ein großes Volkstheater, weit über das Maß einer Unterhaltungsleistung hinausragend.

**„Aufbruch der Kinder.“** Roman von Arnold Hiltz. Propyläen-Verlag, Berlin. Unverhört schillernd dieses Buch. Knapp ist es wirklich an besitzende Zustände an, ist ähnliches noch in unserem Zeitalter: möglich? Trotz allem Schlimmen, das manchmal aus Erziehungs- und Waisenhäusern an die Welt hinausführt, möchte man, jedes menschliche Gefühl sträubt sich dagegen, es nicht glauben. Die Handlung des Romans endet wirklich in einem Aufbruch der Kinder eines Waisenhauses gegen die „Waisenmutter“, an der sie für die Häßlichkeit ihrer Kindheit Rache nehmen. Dieser „Fort der Waisen“ ist eine veritable Hölle. Die Kinder sind der schrankenlosen Gewalt des Waisenwärters, eines ehemaligen Feldwebels überantwortet, der sie nach den Erziehungsgrundsätzen des Kaltenhofes in Zucht hält, einer Zucht, die in keinem Gefängnis ärger sein kann. Diesen armen Kindern fehlt keine Sonne, ihre Seele wird systematisch erstickt unter der Liebschaft der Waisen, die ihnen Vater und Mutter ersetzen sollen. Das jedes lebende Herz aufwühlende Buch magte Anstoß sein für alle, die für in ähnlichen Anstalten untergebrachten Kindern verantwortlich sind, keine Wände zu scheuen, um gewöhnlich festzustellen, wie es den Kindern dort ergeht. Hier werden die gequälten Kinder erst erlöst, als einer der „Spitzelkinder“ ins Wasser geht und die Revolte anbahnt. Alles hätte verhindert werden können, wenn der brutale Feldwebel-Waisenwärtter eine gewissenhafte Aufsicht zu fürchten gehabt hätte. Das erkennen, leichtig spät, auch der Rektor, der in einem Selbstgespräch, das ein wahres Robinsoniade häßlicher Kunst ist, sich der Schuld an dem Geschehen und dem Leiden der Kinder anklagt: „Der Herr Inspektoren schämte sich, als er so im Kor-

ridor auf und nieder ging. Er schämte sich vor seinen eigenen Schritten, denn sie führten von einem Menschen her. Der Rektor schämte sich vor dem Menschen ... Geleitet, geleitet und gewacht hatte er, daß es Kinder gibt, die ohne Hand zur Schule kommen, wenn das einzige, das sie haben, eben in der Wäsche ist, das sie haben, eben beim Wäscher ist, Kinder, die auf die Treppe hinaufsteigen und Hölle schreien, während in der Wohnung der Vater die Mutter schläft. Alles gelesen, gelernt und sogar gewagt ... aber daß es Kinder gibt wie die Spitzelkinder, so voll Rot und Angst und Wut, das fühlte er erst seit acht Uhr abends.“ Das Buch enthält ein großes Problem und es ist eine leidenschaftliche Aufforderung gegen verfehlte Kindererziehung, die nicht ungehört verhallen dürfte.

**„Tagebuch eines rein jüdischen Vagabunden.“** Von Anton Feindlich. Urban-Verlag, Freiburg im Breisgau. (Preis Ganzl. M. 6.—) Ein „Vagabund“ reist und führt über seine Eindrücke und Erlebnisse ein Tagebuch. Vagabund nur im Sinne einer „Vagabunden“-Natur, erfüllt vom tiefen Sehnen nach der Weite, der Fernen, zu schauen, zu träumen, ziellos, planlos die Welt zu durchwandern. Nicht in uns allen abgelesen von den geborenen Zirkelwanderern, ein Stück von dieser wundervollen, romantischen Vagabunden-Natur? Ein gebildeter und tief empfindender Mensch hat dieses herrlichen Tagebuch geschrieben, einer, der dem herrlichen Instrument der Sprache wunderbare Möglichkeiten zu entlocken versteht. Schönheitsfremdlich, nachsichtig durchdringt er die Welt, schwelgend im Hochgefühl des Reisens und Wanderns, nicht auf den ausgeprägten Karawannenträgern des Durchschnittstouristen. Des Abends, wenn er in einem Gasthof einkehrt, hat er wohl das Erlebnis und Ergründete in sich, das er für die Welt mit sich führt, oft in unglücklicher Verbannung, ermittelt werden können. Das Reisen ist hohe Rede geworden, aber wie wenige verstehen doch wirklich zu verstehen, die Reize des Wanderns zu genießen! Vom Norden Deutschlands reist Feindlich über Posen, Danzig, Biber in die Schweiz, nach Savoyen, Marcella und wieder zurück in die deutsche Heimat, von überall ein paar sein geistliche Gedanken heimbringen. Von Cortico, wo er einige Wochen verbringt, schreibt er: „Ich weiß jetzt, warum ein Mensch wie Bonaparte nur auf diesem Boden geboren werden konnte. Ich habe das alte, leere Haus gesehen, wo auf einem geraden steilen Fels Madama Tallia das keine Ungeheuer zur Welt brachte. Die Erde in Cortico ist hart und heiß. Die Insel ist klein, aber ihre Berge reichen dem Himmel die Hand. Und das Meer ringsum ist groß und unerschöpflich, viel tiefer blau als irgendwo sonst. Es regnet vier Monate lang nicht im Sommer. Keine Wolke am Himmel. Und die ganze Insel duftet wie eine Salbenküchle.“ Von Feindlich kann man das Reisen und Schauen lernen. Sein Buch wird jedem Freunde nützen.

## Kleine Chronik.

**Rann der Fisch riechen?**  
Von Dozent Erwin Schindl.  
Gewiß eine einfache Frage! Und doch wird man um eine befriedigende Antwort, die das Überflüssige vermeidet, verlegen sein. Schon die Schulweisheit charakterisiert Geruchs- und Geschmackssinn dadurch, daß „Riechen“ die Wahrnehmung gasförmiger, „Schmecken“ die Wahrnehmung irgendwie flüssiger Reizstoffe sind. Stimmt diese Einteilung, dann kann bei Fischen und anderen Wasserlebewesen überhaupt nur von einem „Schmecken“ die Rede sein, da ja nur flüssige Reizstoffe in Betracht kommen. Dieser Auffassung will aber der bekannte Experimentbiologe von Frisch nicht beipflichten, und zwar mit der Begründung, daß die im Wasser bzw. bei den Fischen auch außerhalb des Mundes entlang der Seitenlinie gelegenen „Geschmackszellen“ von einem ganz anderen Nerv versorgt werden, als die Zimmzellen der Nasenschleimhäute. Diese verschiedenen Nerven leiten die Sinnesindrücke auch zu verschiedenen Gehirnanteilen, der Nerven überträgt seine Eindrücke besonderen Teilen des Vorderhirns,

der Geschmacksnerv gibt sie an die Zentren im verlängerten Mark weiter. Durch Experimente erweitert er sich, daß auch bei Wasserlebewesen Fischen und Molchen diese verschiedenen Sinneszellen verschiedene Funktionen haben. Haisfische, in großen Behältern gehalten, beginnen darin sofort zu suchen, wenn eine Sardine oder andere Futter, eventuell durch Einschlagen in einem Beutel unsichtbar gemacht, ins Wasser gebracht wird. Schneidet man ihnen aber die Riechnerven durch (wenn dies als zu grausam dünkt, dem sei gesagt, daß es auch genügt, den Haisfischen die Nasenschleimhäute einfach zu verstopfen), so unterbleibt das Futtersuchen. Aus der Entfernung kann also das Tier die Nahrung mit alleiniger Hilfe der Geschmacksnerven nicht wahrnehmen. Zirkel ging noch weiter und dreifachte seine Versuche auf bestimmte Reizstoffe. Er konnte damit erreichen, daß der Fisch sofort lechzt, zu schnappen begann, wenn eine geringfügige Menge des Reizstoffes in den Behälter gebracht wurde. Entfernte er die Riechnerven, so reagierten die Fische nicht mehr, da sie die Reizstoffe nicht mehr wahrnehmen konnten.

Ähnliche Versuche wurden auch an Molchen angestellt und zeigten entsprechende Resultate. Interessant ist aber hier, daß der Molch mit dem menschlichen Organ beim Landaufenthalt vergrößerte Regenwürmer und beim Wasserenthalten irgendwelche verborgene Nahrung wahrnehmen kann. Das gleiche Organ kann also hintereinander entweder gasförmige oder flüssige Reizstoffe wahrnehmen. Damit ist aber nachgewiesen, daß ein Geruchsorgan nicht nur allein als Empfangsstation gasförmiger Reize charakterisiert werden kann, denn wir müssen nun auch bei den Wasserlebewesen von „Riechen“ sprechen und zwar in all jenen Fällen, wo mit Hilfe eigenartiger, von den Geschmackszellen verschiedener Sinneszellen von ihnen flüssige Reizstoffe, oft in unglaublicher Verdünnung, ermittelt werden können. Daß Fische und Molche wirklich riechen können, ist also demnach doppelt und dreifach gesichert.

## Bereinsnachrichten.

**Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 2. Juni:** Zusammenkunft um 7 Uhr 15 Wilsonbahnhof, Badeausflug Riečan — Jedoner Teiche. Führt Krummel.

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Unsere Atmung als defiziente Kulturerscheinung.

Von Dr. A. Hassenkamp.  
Die sportliche Betätigung im heutigen Sinne hat vornehmlich die Erleichterung und Stärkung des Körpers entweder zur Voraussetzung oder zum Ziele oder beides zusammen. Der letzte Wunsch ist die ideale Körperpflege, wohl fühlend, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen kann. Obwohl aber dabei die Frage nach der Beschaffenheit und Funktion der Innenorgane (ganz besonders auch schon bei der Ausübung des Sports) von fundamentaler Bedeutung ist, wurde im umfassenden Sinne bis heute der Weg zu ihrer systematischen Ausbildung nicht beschritten. An Lunge und Herz werden höchste Anforderungen gestellt, ihre Vorbereitung und Schulung für Höchstleistungen bei der Allgemeinheit fehlt jedoch bisher. Wohl hat man längst vereinzelt Schulen für Atemgymnastik; kennt da und dort Atemtraining; gewann in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis, daß Höhenluft und Gebirgsaufenthalt zur Stärkung der beiden Organe sehr beitragen; das Ziel aber war nicht getroffen! Wir füllen Bibliotheken und weisen in zahllosen Reden nach, daß unsere heutige Atmung biologisch eine Verfallerscheinung ist; aber dabei bleibt es — wie so vielfach bei uns Deutschen ... Theoretisch gründlich und wissenschaftlich haargenau; die Praxis aber ist nicht so wichtig. Und doch wäre die Durchführung, bzw. Emporführung des Menschen zum Brustatmen eine unvorstellbar große Leistung, stellt sie doch in Anbetracht des spezifischen menschlichen

Körperbaues eine geradezu unerlässliche Notwendigkeit dar. Bekanntlich atmen wir durch das Zwerchfell, d. h. mit den Bauchmuskeln, statt mit den Brustmuskeln. Biologisch liegt hier eine unserer größten Schwächen. Es ist heute kaum mehr eine Frage, daß von der richtigen Atmung, also von der Brustatmung an Stelle der Bauchatmung oder mit anderen Worten, von der natürlichen Funktion der wichtigsten Innenorgane geradezu Entscheidendes für das körperliche und geistige Sein abhängt. In der medizinisch wissenschaftlichen Welt ist es längst bekannt, daß beispielsweise die leichte Disposition der Lunge und Atmungsorgane zu Erkrankungen in der Hauptsache von der falschen Atmung herrührt. Würden wir richtig atmen, würden unsere Lungenmuskeln zur Atmung herangezogen, also richtig durchblutet, so würden zahlreiche Krankheitsveranlassungen und Erkrankungen nicht vorkommen. Unsere Zwerchfellatmung ist — wir wiederholen es — eine ernste Verfallerscheinung, die wir auch nicht durch den heute so groß gewordenen Sport beseitigen; dieser jahrtausendalte Zustand schwächt die Lunge und ist infolgedessen nicht nur die Ursache für deren leichte Disposition zu Erkrankungen, sondern die ungenügende Atmung stellt wesentlich höhere Ansprüche an das Herz zur Durchblutung des Körpers. Also auch beim gesunden Menschen, in ganz hervorragendem Maße beim Sportmann, hat die Zwerchfellatmung, wie wir sie unbewußt ausüben, ihren überaus schädigenden Einfluß. So ist das vorzeitige Erliegen auf der Kampfbahn allzu oft eine Folge des Verfallens der Lunge und Herz. Wir leben, allem Sport zum Trotz, haben wir eben noch nicht wieder die natürliche, bzw. ökonomische Funktion der Brustorgane und im Zusammenhang mit diesen auch anderer wichtiger Organe.

Auf der anderen Seite dürfen wir uns nicht verhehlen, daß es trotz den sich steigenden Spitzenleistungen vereinzelter Sportler auf die Hebung des Leistungsdurchschnitts der Gesamtheit ankommt. Man hört sehr wenig darüber, wie das mühselige Atemtraining der Sportler vor sich geht, ob sie nicht — hinsichtlich der Atemvorgänge — von Geburt aus bereits über Vorteile verfügen, die der Durchschnittsmensch sich erst erkämpfen muß. Klar ist nur, daß die systematische Atemübungen treiben und dies lange tun müssen, ehe sie zum Erfolg kommen.

Auf die Gesamtheit des Volkes angewandt, würde sich nach dem Vorstehenden die hochbedeutende Brustatmung nicht weniger vorteilhaft auswirken. Wir wagen es kaum auszusprechen, wie groß im Laufe einer oder mehrerer Generationen die Folgen der Brustatmung auf die Gesundung von Körper und Geist eines Volkes sein müßten. Die heutige Bauchatmung treibt uns aber mit absoluter Sicherheit mehr und mehr größerer Krankheitsanfälligkeit zu. In hervorragendem Maße müssen das jene Kreise verspüren, die lebenslang und oft in Generationen ihren Beruf mit vornehmlich sitzender Arbeitsweise und in geschlossenen Räumen ausüben müssen. Es wäre wirklich eine ideale Aufgabe und von weittragender Bedeutung, die Menschen wieder der Brustatmung zuzuführen und eine andre, nicht minder wichtige, sie erst einmal darüber richtig aufzuklären, wie notwendig für Mann und Volk zur Gesundung und zum Aufstieg die Brustatmung gehört.

## Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Golde Eurer Ausbeuter In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

Herausgeber: Dr. Lubmja Gsch. Schriftleiter: Wilhelm Kiehn. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: Kola A. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag für den Druck verantwortlich: Otto Solih, Prag. Die Jahrgangsmarktenpreise wurden von der Volksw. Telegraphen-Veranstaltung mit Entscheidung Nr. 127.651/VIII/27 am 14. Mai 1929 bewilligt.

## KINO-PROGRAMM

Vom 31. Mai bis 6. Juni 1929.

**Wran Uralia-Kino** 1276  
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 20.129  
**Flitterwochen.**  
Lebige Geschichte einer Scheidungsreise in 6 Akten mit Marzot Landa, Harald Paulsen, Nebenbühler: Toddy Hill.  
**Gschichten aus dem Wiener Wald.**  
mit Paul Hörbiger, Albert Paulig usw.

**LIDO BIO** 1271  
Die Helden der ersten Brigade.  
**DIANA.**  
Roman einer schönen Parisianer.

**Wo verkehren wir?**  
**Café „Continental“, Prag, Graben**

**Gastwirtschaft** 1137  
**LIDOVÝ DŮM**  
(Gen. Wilhelm Opavský)  
Täglich Konzert. **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7.

## Die Entwicklung des Kindes.

Das Werden des Kindes stellt eine Kurve dar, die nicht gleichmäßig aufwärts steigt. Auf eine Zeit des gleichmäßig ruhigen Verlaufes folgt plötzlich ein steilerer Anstieg oder sogar Rückschritt, worauf dann wieder ebenso plötzlich die Kurve in einem flachen Winkel aufwärts strebt, um allmählich zur normalen Linie zurückzuführen. Alle wesentlichen körperlichen und geistigen Fortschritte in der Entwicklung des Kindes fallen in die Zeit des letzten, steilen Anstieges, während die vorhergehenden Abschnitte die Vorbereitungszeiten dafür vorstellen.  
Von größter Wichtigkeit für die Entwicklung des Kindes ist es, daß diese Vorbereitungszeiten von der Mutter erkannt werden, und daß ihrem eigenwilligen Charakter Rechnung getragen wird. Meistens stellen die Mütter nur fest, daß ihr sonst so artiges Kind mit einem Male unansprechlich ungeschicklich ist, und sie wollen dann mit Zwingen die verhoffene gute Zeit wieder heraufbeschwören. Dabei verfallen sie leicht in Ungeduld und schlechte Laune und machen sich wohl auch einige Züge um den Charakter ihres Kindes, der sich mit einem Male als so viel ungünstiger entpuppt, als man gehofft hatte.  
Ganz ruhig würde die Mutter sein, wenn sie wüßte: es handelt sich um eine in der normalen Entwicklung liegende Krisenzeit. Das Kind ist körperlich und geistig hart in Anspruch genommen und braucht mehr als sonst Verständnis, Geduld und Hilfsbereitschaft für alle Räte. Je ruhiger wir das Schicksal durch die Stürme hindurchgeleitet, umso freudvoller wird die darauf folgende Periode des „kurzen, freien Aufstieges“ sein.  
Der Zeitraum, innerhalb dessen diese Krisen auftreten, mag bestimmten Naturgesetzen unterworfen sein, die festzustellen erst mit Hilfe eines reichen Erfahrungsmaterials möglich wäre. Jedenfalls liegen sie beim Menschen nur einige Monate auseinander. Die Anzeichen sind immer wieder die gleichen, wobei der Individualität Rechnung zu nehmen ist. Die wichtigste Welle im bewegten Entwicklungslauf allgemein bekannt ist. Diese fallen auf: ständiger Stimmungswandel, gesteigertes Interesse für die Umwelt, abwechselnd mit Unlust und Müdigkeit, sodann Unfähigkeit, sich abzuhalten und allein zu beschäftigen, Unlebenswürdigkeit den Menschen gegenüber und dabei doch gesteigerte Lebenshaftigkeit in Zu- und Abneigung, besonders gegenüber nahehergehenden Personen, auffällige Abhängigkeit von der Witterung und großes Bedürfnis, im Freien zu sein.  
Deutsch habe ich das alles bei meinem 6 Monate alten kleinen Mädchen beobachtet. Ich sehe es noch vor mir: Mit erstaunlicher Energie veruchte es, sich hochzurichten und über den Rand des Wagens zu spähen, damit es seinem plötzlich erwachten Wissensdrang Genüge tun konnte — um dann wieder in bis dahin unbedenklicher Unruhe und nicht zu be-

liebender Unzufriedenheit vor sich hin zu weinen. Diese schlechte Stimmung war ziemlich anhaltend zu trüben, regnerischen Tagen. Die strahlende Sonne ließ sie sofort verschwinden; größte Ruhe zog bei dem kleinen Wesen ein, und stillvergügt lag es im Garten, und wenn der Wind die hohen Bäume schüttelte, dann wurde es von seiner toten Lebhaftigkeit angezogen, und lachend und strampelnd wandte es den Blick nicht von den sich wiegenden Wipfeln.  
Überhaupt sollte das Ziehensüchtigen des Kindes in die Natur von der Mutter besonders beachtet und in pädagogischer Hinsicht gewertet werden. Das unruhigste Kleinkind kann still, fast andächtig werden, wenn man es an der Hand nimmt und ruhig mit ihm durch den Wald geht.  
In solcher Zeit der Entwicklungsstufe kann die Frau selbstlose Liebe betreiben. Leidenschaftliche Zuneigung treibt die Mutter oft von uns fort zu Freunden, die sie sehr viel lieber zu haben glauben, als die Mutter. Dennoch brauchen sie uns als ein Meer von Ruhe und Frieden, in dem sie in ihrer Unruhe versinken können.  
Häufig, „über Nacht“, wird sich dann zeigen, was hat werden sollen: dem Kleinkind gelingt mit einem Male das Ziehen, das Gehen. Erstaunliche Fortschritte im Sprechen, oft ganz andersartige Ausdrucksmöglichkeiten sind da. Später zeigt sich der Kind in der Entwicklung im Denken, im schärfsten Spiel und stets in hohem körperlichen Wohlbefinden. Annemarie Reichmayer-Guth.